

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

227 (30.9.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelbste Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzungen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeter-
zeile 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei der Mithalten der
Sonderdrucke, bei gerätlicher Zerschneidung und bei Kontur außer Kraft tritt o. Erfüllung-
er und Gerichten 10. Karlsruhe i. B. o. Schluß der Anzeigen-Nachricht 6 Uhr vormittags.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Drei Jahressumme 7,50 Mark o. Durch die Post
2,66 Mark o. Einzelverkauf 15 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich
vormittags 11 Uhr o. Postfach 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru-
her Str. 28, Postfach 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Telegrafische Adressen: Durlach, Haupt-
straße 9; D.-Baden, Jagdstraße 12; Rastatt, Torenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 227

Karlsruhe, Dienstag, den 30. September 1930

50. Jahrgang

Brüning schreit um Hilfe

Der Mann, der zwischen allen Stühlen sitzt

Der Königlich Volkstreu wird von ihrem Berliner Vertreter
zu den Verhandlungen mit den Parteiführern u. a. berichtet:

Nach Abschluß der Kabinettsberatungen wird der Reichskanzler
dem Reichspräsidenten über den Inhalt des Reformprogramms
berichten. Der Reichskanzler wird das Regierungsprogramm den
im Kabinett vertretenen Parteien vorlegen. Dann folgen Ver-
handlungen, sowohl mit der Rechten wie mit der Linken. Die
Not der Zeit wird hoffentlich die Deutsche Volkspartei und die
Wirtschaftspartei lehren, daß mit vielen Resolutionen und mit
leerem Sprechen die Lage nicht gemeißelt werden kann. Eins der
größten Uebel sitzt in den Fraktionsstimmern gewisser Parteien,
die trotz des Urteils vom 14. September immer noch glauben, die
Welt höre an ihrem Fraktionsstimmern. Aber vielleicht dringt
die harte Sprache der Not auch an diese Ohren, so daß wir die
begehrte Hoffnung der Einigung der Regierungsparteien nicht
ganz aufgeben müssen. Dann hätten wir wenigstens einen 210
Abgeordnete umfassenden Block, der einen Stützpunkt in den Ver-
handlungen rechts und links bilden könnte. Wir nehmen an, daß
das Regierungsprogramm auch den Nationalsozialisten zur Beur-
teilung vorgelegt wird, nicht etwa deshalb, weil wir irgend eine
erklärliche Zusammenarbeit mit ihnen für möglich halten. Aber
wenn der Versuch einer politischen Mehrheitsbildung schon ge-
macht werden soll, kann man sich schwerlich gegenüber den natio-
nalsozialistischen taub stellen und so tun, als existierten sie nicht.
Eine Mehrheit mit ihnen ist weit und breit nicht zu sehen, und
das halten wir nicht für einen Fehler, eher für das Gegenteil.
Aber auch nach der anderen Seite sehen die Dinge nicht rosig aus.
Was die Sozialdemokraten aus dem 14. September gelernt haben,
wird sich bald zeigen. Wir fürchten, daß es nicht sehr viel ist.
Zudem haben Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei schon

recht überflüssige Seminare für die große Koalition aufgetürmt.
Beide Parteien sind aber notwendig, wenn eine Arbeitsgemein-
schaft der Sozialdemokratie zustande kommen soll. Der Reichs-
kanzler handelt richtig, wenn er jetzt den Weg zur parlamen-
tarischen Mehrheitsbildung geht. Er wird und muß die Frage
prüfen, ob mit diesem Reichstag regiert werden kann. Die Hoff-
nung, daß das möglich sein wird, geben wir nicht auf. Aber man
würde sich Illusionen hingeben, wenn man nicht erkennen wollte,
daß der Glaube an diesen Reichstag auf sehr schwachen Füßen
steht. Eine vorübergehende Aussetzung des Reichstages ist noch
nicht das Ende des parlamentarischen Systems in Deutschland.
Außerordentliche Zeiten können außerordentliche Maßnahmen not-
wendig machen, und wenn es mit dem Reichstag nur einmal nicht
geht, muß der Versuch der Rettung Deutschlands auf anderem
Wege unternommen werden.

Gerade die grundsätzlich parlamentarisch einseitigen Parteien
sollten hier keine unnötigen Schwierigkeiten machen. Dann wird
es am ersten gelingen, den gefährlichsten Elementen die Straße zu
verlegen und geordnete Verhältnisse wieder herzustellen, aber es
scheint überflüssig, die Parteien daran zu erinnern, was geschä-
hen muß, wenn sie keine politische Vernunft annehmen. Die Aufgabe,
die die Regierung zu lösen hat, kann sie nur bewältigen, wenn sie
sich auf eine feste Mehrheit stützt, die gemißt und entschlossen ist,
Experimente, wie Mißtrauensentwürfe usw. einschließlich abzu-
wehren. Das nächste Schicksal der parlamentarischen Demokratie
ist noch einmal in die Hände der Parteien gelegt. Bei den Ver-
handlungen, die die Regierung jetzt mit den Parteiführern zu
führen beabsichtigt, werden sich die Umrisse der künftigen Mehr-
heit abzeichnen müssen. Gelingt dieser Weg nicht, dann haben wir
keinen Weg mehr, der parlamentarisch aus dieser Notlage heraus-
führt.

Die 40-Stundenwoche

Eine Aktion der Berliner Metallarbeiter

Die Funktionäre der Berliner Metallarbeiter haben
aus Solidarität beschlossen, für eine starke Verfür-
zung der Arbeitszeit — von 48 auf 40 Stunden wöchentlich
zu kämpfen, um auf diese Weise Tausenden und Zehntausenden von
arbeitslosen Kollegen Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen.
Das ist eine Aktion aus dem Geiste des praktischen Sozialismus,
deren Bedeutung den Nichtorganisierten — seien es Prolet-
larier, seien es Bourgeois — erst klar gemacht werden muß. Auf
Wunsch der Redaktion des Abend stellt Otto Loh, Vorstandsmit-
glied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, den gemeinschaftlichen
und politischen Sinn dieser Aktion zur Behebung der Not der Ar-
beitslosen dar.

Das Wahrscheinliche hat gezeigt, daß weite Kreise der Arbeiter-
schaft und des Bürgertums in einer hoffnungslos verzweifelten
Stimmung sich für die kommunistische und Nationalsozialistische
Partei entschieden haben. Die große Arbeitslosigkeit hat diese
Stimmung mit erzeugt und dazu beigetragen, daß diese Kreise in
ihrer Verzweiflung das wirtschaftspolitisch Mögliche außer acht
gelassen haben. Es ist deshalb notwendig, daß gerade diesem Problem
größte Aufmerksamkeit zugewendet und alles getan wird, um die
Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu beseitigen. Die gesammelte
Regierung läßt jede durchgreifende Initiative vermissen. Die Ar-
beitgeberverbände tragen durch ihre Forderung des Lohnab-
baus noch weitere Verunsicherung in die merklich schaffenden
Kreise hinein. So sehen wir einem Winter entgegen, dessen Ar-
beitslosigkeit katastrophal werden wird, wenn nichts Durchgreifendes
geschieht. Da schon genügend Explosivstoff vorhanden ist, muß damit
gerechnet werden, daß eine nicht mehr zu steigende Verzweiflung
weite Volksteile ergreift und eine Katastrophe unvermeidbar wird.

Arbeitseinschränkungen bei der Reichsbahn

Zu den Verhandlungen zwischen der Reichsbahnverwaltung und
den Eisenbahngewerkschaften über die notwendigen Einschränkungen
auf personellem Gebiet erfahren wir folgendes:

Um planmäßige Entlassungen von Arbeitern in größerer Um-
fang in der Bahnunterhaltung und in den Werkstätten zu ver-
meiden, hat die Reichsbahnverwaltung mit den Gewerkschaften
für das Vierteljahr Oktober-Dezember 1930 folgende Vereinbarun-
gen getroffen:

1. Die Arbeitszeit in der Bahnunterhaltung wird im Monat
Oktober von 9 auf 8 Stunden zurückgeführt. Außerdem wird im
Monat November 1930 eine Feiertagsruhe eingelegt werden.

2. In den Reichsbahnausbesserungsarbeiten werden in den Mo-
naten Oktober bis Dezember 1930 je 1,66 Feiertagsstunden, gleich-
insgesamt 40 Arbeitsstunden eingelegt werden. Die Arbeitszeit
bleibt von 8½ auf 8 Stunden gekürzt.

Die Deutsche Reichsbahngewerkschaft will durch diese Verein-
barung zwangsweise Entlassung von Arbeitern im großen Um-
fange in der Bahnunterhaltung und den Ausbesserungsarbeiten

vom 1. Oktober 1930 bis 31. Dezember 1930 vermeiden und er-
strebt das gleiche auch für die Zeit bis zum 31. März 1931.

MRB teilt dazu allerdings noch mit: Sollte es sich heraus-
stellen, daß gleichwohl nach dem 31. Dezember 1930 Entlassungen
notwendig werden, so rechne die Deutsche Reichsbahngewerkschaft
auf die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Gewerkschaften, zur
Vermeidung von Entlassungen durch Verhandlungen mitzuwirken;
obwohl der Reichsbahn durch diese Maßnahmen eine rationelle
Betriebsführung erschwert werde, habe sie sich bis jetzt dazu im
Interesse des Personals und der Vermeidung der Erhöhung der
Arbeitslosenziffer entschlossen.

Brotverkauf nach Gewicht

MRB, Berlin, 29. Sept. Nachdem sich herausgestellt hat, daß
trotz des im Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verma-
lung von Anlaufmehl vom 24. Juli 1930 angeordneten Sand-
dels mit Brot nach festem Gewicht das Brot wie bisher nicht nach
festem Gewicht verkauft wird, hat der preussische Landwirtschafts-
minister dem Amtlichen Preussischen Preisdienst anzu-
ordnen lassen, daß Brot im Gewicht von über 250
Gramm nur nach festem Gewicht verkauft werden darf.

Allgemeine Gehaltskürzung

Am Sonntag hieß es, daß das Reichskabinett nunmehr seinen
großen Reformplan endgültig fertiggestellt habe, der nach der tech-
nischen Durcharbeitung am heutigen Dienstag veröffentlicht wer-
den sollte. Gestern hat aber das Reichskabinett ganz plötzlich
wieder einen wichtigen Teil seines Programms umarmen; die
Umwandlung des Notopfers von 25 Prozent in eine Reichsbil-
le von 5 Prozent hat das Reichskabinett fallen lassen und eine a-
nerkente Gehaltskürzung für alle Beamten von 6 Pro-
zent beschlossen. Ein Antrag auf 10prozentige Kürzung der Gehälter
wurde abgelehnt.

Die Notlage der Gemeinden

Sozialdemokratische Richtlinien

Der S.P.D. teilt uns mit: Der kommunalpolitische Beirat der
Sozialdemokratischen Partei nahm am 26. September in Dresden
Stellung zu den Notverordnungen und den sich daraus für die Ge-
meinden und insbesondere für die sozialdemokratischen Kommunal-
vertreter ergebenden Konsequenzen. Wenn auch die Verhältnisse be-
sonders in sozialpolitischer Hinsicht in den einzelnen Gemeinden
ganz verschieden gelagert sind, so glaubte der Beirat doch, den so-
zialdemokratischen Kommunalpolitikern eine allgemeine Richtschnur
geben zu sollen. Der Standpunkt des kommunalpolitischen Beirats
kommt in folgender Formulierung zum Ausdruck:

„Der Kampf um die Verfassungsmäßigkeit der Notverord-
nung am Reichstag, kann aber nicht in den Gemein-
den ausgetragen werden. Die offensichtliche Notlage der
Gemeinden zwingt zum Ausschöpfen der den Gemeinden zu-
rück eröffneten Einnahmewege, soweit dies irgendwie vertret-
bar ist. Da es sich darum handelt, diese Verhältnisse der erforder-
lichen Mittel die Weiterzahlung der Wohlfahrtsunterstützungen,
sowie der Löhne und Gehälter zu gewährleisten, kann an der
Möglichkeit der Erhebung der Biersteuer und der Einführung der
Gemeindebeiträge dort nicht vorbeigegangen werden, wo trotz
äußerer Einschränkung die Zahlungsfähigkeit der Gemeinden nur
durch neue Einnahmen gewährleistet werden kann. Dagegen ist die
Bürdenabgabe aus sozialen und verwaltungstechnischen
Gründen abzulehnen.“

Deutsch-englische Freundschaft

Abchiedsrede Sthamers

MRB, London, 29. Sept. Der Staatssekretär des Auswärtigen
Henderson gab heute im Claridge-Hotel ein Abschiedsfrühstück
für den deutschen Botschafter und Frau Sthamer. Dazu waren
u. a. geladen: Premierminister MacDonald, Schatzkanzler
Snowden, Lord Thomson, Lordkanzler Sankey, Sir
Austin und Lady Chamberlain, Lord d'Abernon, eine
Anzahl von höheren Beamten des Foreign Office und Graf
Bergerhoff von der deutschen Botschaft.

Henderson richtete warme Worte des Abschieds an den deutschen
Botschafter und Frau Sthamer.
In seiner Antwort brachte der deutsche Botschafter Sthamer
zum Ausdruck, wie großem Bedauern er von dem Felde
seiner vielfältigen Tätigkeit scheide und daß die guten Beziehungen
heraus, die zwischen England und Deutschland in stets zunehmendem
Maße geschaffen wurden.

Es würde zu viel gesagt sein, wenn ich erklären würde, daß
wir schon ganz über dem Berge sind.

Vorsichtige und geduldige Arbeit ist erforderlich, um wieder zu nor-
malen Beziehungen zurückzukehren. Meiner Ansicht nach war der
schwerste und wirksamste Weg die stets mit dem Namen Stresemann
verbundene Politik der

Geduld und der Verständigung,

die zur Saager Konferenz und die Befreiung Deutschlands von
fremder Besetzung und Kontrolle und zu der Befriedung der Welt
führte. Sie können versichert sein, daß diese Politik von meiner
Regierung unverändert fortgesetzt wird. Diese wird dazu beitragen,
die Befriedung Europas zustande zu bringen und zugleich helfen,
die Beziehungen zwischen unseren Nationen noch mehr zu vertiefen.
Wir haben bereits mit großer Befriedung gesehen, daß unsere
beiden Länder in der Frage der Abrüstung von demselben Grund-
satz beherrscht werden. Lassen Sie mich der Hoffnung Ausdruck
geben, daß der Tag kommt, wo eine wirkliche und feste Freundschaft
zwischen unseren beiden großen Nationen bestehen wird.

Berufungsverhandlung Böh

MRB, Berlin, 29. Sept. Um die heutige Berufungsverhandlung
gegen Oberbürgermeister Böh vor dem 9. Senat des Oberverwal-
tungsgerichts in Berlin möglichst unbemerkt von der Öffentlich-
keit beginnen zu lassen, hatte man zu ungewöhnlichen Maß-
nahmen gegriffen. Obgleich der offizielle Beginn der Verhand-
lung für 9½ Uhr anberaumt war, während sonst die Sitzungen
der Senate immer erst um 10 Uhr beginnen, fuhr Oberbürger-
meister Böh mit seinen beiden Verteidigern, den Rechtsanwältinnen
Dr. Breuß und Dr. Fischer, bereits gegen 9 Uhr vor dem Ver-
waltungsgericht vor, vor dem mehrere Streifen der Schandstän-
den. Die Ankunft des Oberbürgermeisters vollzog sich infolge-
dessen völlig unbemerkt vom Publikum.

Wie die „B.Z. am Mittag“ zu der Berufungsverhandlung gegen
Oberbürgermeister Böh, die heute vor dem Oberverwaltungs-
gericht begonnen hat, zu melden weiß, legt man in hiesigen
Kreisen einer Aussage des Oberamtsrates Müller-Wieland
große Bedeutung bei. Wie Wieland erklärte, habe ihm der ver-
storbene Oberamtsrat Schallnach wenige Tage vor seinem
Tode gesagt, er müsse eine vor dem Untersuchungsrichter gemachte
Aussage richtigstellen, denn es sei nicht richtig, daß er Böh dienst-
lich in gewissen hiesigen Geschäften mit den Elarels Kenntnis
gegeben habe. Er habe nur gelegentlich eines Privatgesprächs
dem Oberbürgermeister gegenüber seine Bedenken gegen die
Brüder Elarel geäußert.

Grüne Leutnantspolitik

Wird nunmehr rücksichtslos durchgegriffen werden?

Leipzig, 29. Sept. (Sta. Draht.) Die Weisungsaufnahme im Weisungsausschuss steht vor dem Abschluss. Man kann nicht behaupten, daß sich die letzten Zeugnisauslagen für die Situation der Angeklagten besonders günstig gestaltet haben. Dabei geben sich wahrhaftig die meisten der Herren Leutnants, die als Zeugen vernommen wurden, alle Mühe, schwarz und weiß zu vermischen. Bis auf den letzten Belastungszeugen, den Leutnant Westhoff aus Eilenach, von dem auch die Meldung ausgegangen ist, die zur Aufdeckung der ganzen Affäre führte, haben sich die Zeugen alles andere als klar und deutlich in ihren Aussagen erklärt:

Man kann sich nur über die Festigkeit der Stimmen wundern, mit der die Herren hinterher ihre Aussagen beidigen.

Aber man kann sich in diesem Prozeß, wie ja schon wiederholt festgestellt wurde, über sehr viel wundern, und es ist wohl nicht ein- fach, hier stets ein tüchtler Berichtshatter zu bleiben.

Den 5. Verhandlungstag leitete der Vorsitzende mit einer in manchen Teilen beinahe komischen Erklärung ein: Täglich bekäme er ein Duzend Briefe, in denen für oder gegen die Angeklagten Stellung genommen würde. Einmal hieße es, der Vorsitzende sei Jude oder Jude gemein, woraus für ihn die Ehrenpflicht resultieren müsse, den Vorsitz niederzulegen und an Adolf Hitler abzugeben. Der Vorsitzende betont dazu, daß sowohl er als auch seine Richter- kollegen in völlig überparteilicher und rein sachlicher Weise ernstlich bemüht seien, in diesem Prozeß Recht zu finden. Das Publikum möge die Briefschreiber einstellen, sie sei zwecklos.

Der Zeuge, mit dessen Vernehmung der ganze Vormittag hinab, ist Leutnant Fürtzen vom Artillerieregiment Nr. 2 in Stettin. Er war Teilnehmer an der Berliner Besprechung mit Leutnant Löhr und Ludien im Rheingold. — Fürtzen: „Es wurde davon gesprochen, es dürfe nicht dazu kommen, daß durch den Einfluß der Reichswehr die nationale Bewegung kaputt gehe.“ Vorsitzender: „Im Protokoll steht, daß Ludien Sie gebeten habe, daß Sie ihm Namen zuverlässiger Landesleute beibringen können, die er an die Münchener Zentrale melden könne. Im Protokoll steht weiter, wir sollten nationalsozialistische Vertreter empfangen und uns orientieren lassen. Ich sollte das Offizierskorps für die nationalsozialistische Partei interessieren und für diese Partei werden. Ich sollte die Mannschaften national erziehen, damit im Falle gewaltsamer Auseinandersetzungen sich die Reichswehr nicht gegen die Nationalsozialisten wende. Das ist Ihre Aussage nach dem Protokoll.“

Fürtzen: „Ich muß sagen, daß von einer Aufforderung zum Ungehorsam in keiner Weise die Rede war. Aber der Soldat kommt dadurch leicht in Konflikt, daß auf der einen Seite die nationale Gefinnung steht und auf der anderen die Pflicht, der Obrigkeit zu gehorchen.“

Vorsitzender: „Für welche Stelle in München wollte Ludien denn Ihren Namen haben?“

Fürtzen: „Ich dachte für eine nationale Persönlichkeit.“

Vorsitzender: „Im Protokoll war von einer Zentrale die Rede.“

Fürtzen: „Da muß ich mich nicht äußern.“ Reichsgerichtsrat Loebner (Weißhändler): „Einmal sprachen Sie von Sicherungsmaßnahmen auf laune Sicht.“ Was heißt das?“

Fürtzen: „Es kam darauf an, die Mannschaften dahin zu erziehen, daß sie national eingestellt und klar orientiert wäre, damit sie wüßten, auf wen geschossen wird. Der Soldat soll wissen, auf wen er schießt, denn es kann sein, daß diejenigen, auf die er schießt, genau so denken wie wir. Der Soldat muß innerlich wissen, auf wen er schießt.“

Im Ernstfall gibt es für mich nur eins, den Gehorsam gegen oben.“

Vorsitzender: „Jawohl, und zur Zeit der Besprechung mit Ludien?“

Fürtzen: „Wir wollten, daß unsere Leute über die Ziele der einzelnen Parteien orientiert werden.“ Vorsitzender: „Wieso wurde nur von den Nationalsozialisten berichtet?“ Fürtzen: „Nur innerhalb der Offiziere. Es kam darauf an, festzustellen, wer mit den Nationalsozialisten in dem Ziel konform ginge, soweit es darauf ankam, bei den Arbeitern für den nationalen Gedanken zu werben. Ludien hat mir gesagt, daß er einige Nationalsozialisten kenne.“

Vorsitzender: „Im Protokoll heißt es, daß Sie den Eindruck gewonnen hätten, daß Ludien Beziehungen zur nationalsozialistischen Partei unterhalte.“ Fürtzen: „Darauf kann ich mich nicht befinden.“

Vorsitzender: „Wie stand Löhr zu der Sache?“ Fürtzen: „Löhr war skeptischer als ich, weil er die Geheimhaltung der Gedankengänge für unmöglich hielt. Aber vielleicht hat Löhr die Sache falsch verstanden, als wir uns darüber unterhielten, wie man eine vaterländische Bewegung im Meer herorrufen könne.“

Vorsitzender: „Was heißt vaterländische Bewegung ins Leben rufen?“ Fürtzen: „Es kam darauf an, die Soldaten national zu erziehen, damit sie im Ernstfalle Deutschland vor Übergriffen von Osten und Westen schützen könnten. Wir wollten nicht nur eine Polizeitruppe sein.“

Vorsitzender: „Das braucht man doch nicht in Berlin zusammenkommen und stundenlang zu diskutieren.“ Fürtzen: „Es kam gewiß eine Ueberdeutlichkeit gemein sein.“

Vorsitzender: „Sollte diese Ueberdeutlichkeit einen inneren Grund und ein bestimmtes Ziel? Fürtzen: „Das Ziel war, die Werbung für den vaterländischen Gedanken. Das Ziel war außerdem, die Truppe fest in die Hand der Führer zu bringen.“

Das Offizierskorps sollte für die nationalsozialistische Idee gewonnen werden, für die Idee der Wahrheithaftigkeit und für die Werbung bei der Arbeiterhaft.“

Vorsitzender: „Es scheint, als ob Sie immer national und nationalsozialistisch zusammenwerfen.“ Fürtzen: „In mir entspann sich ein Konflikt zwischen Person und Sache. Deshalb wandte ich mich vertrauensvoll an meinen Kommandeur, mit dem ich befreundet war. Mein Kommandeur erbat sich Bedenkzeit und sagte mir dann, daß er die Sache für unangelegentlich halte, und ich hielt die Angelegenheit für erledigt. Aber einige Zeit später teilte mir mein Kommandeur mit, daß, falls etwas an der Sache wäre, er sich einen Vermerk in meine Personalakten mache wolle. An Ludien schrieb ich vor dieser Unterredung, daß ich den von uns beprochenen Weg auf die Dauer für falsch halte. Ich sagte, daß ich alle Zusicherungen zurücknehme. Ich lehnte jede Beteiligung ab. Ich hatte eingesehen, daß auf diese Weise das Wort des Herrn v. Seeck kaputt gemacht werden würde und daß auf diese Weise eben doch die politischen Parteien Einfluß auf das Heer gewinnen könnten.“

Vorsitzender: „Hat Sie Ludien gebeten, Namen zu nennen, die für nationalsozialistische Propaganda in Betracht kämen?“ Fürtzen: „Ich sollte ihm die Namen von Offizieren, die national eingestellt seien wie wir, mitteilen. Vorsitzender: „Sollten Sie sie an die Zentrale nach München nennen?“ Fürtzen: „Ich verstand unter nationalsozialistischer Propaganda nur Aufklärung über diese Partei.“

Vorsitzender: „Aber Ludien wollte die Namen jedenfalls nach Mün-

chen melden.“ Fürtzen: „Jawohl.“ Vorsitzender: „Im Protokoll steht, daß Sie den Eindruck hatten, daß Ludien auch in anderen Dingen werden wollte.“ Fürtzen: „Wenn es im Protokoll steht, muß es wohl so sein.“ Vorsitzender: „Warum haben Sie angegeben, daß Sie die Briefe, die Sie von Ludien bekamen, verbrannt haben.“ Fürtzen: „Ich habe das gesagt, weil mit Briefen von Offizieren in letzter Zeit erheblicher Unfug getrieben wird.“ Vorsitzender: „Und was war nun ganz positiv der Inhalt Ihrer Berliner Unterhaltung?“

Fürtzen: „Es dürfe nicht dazu kommen, daß die nächste nationale Erhebung durch die Reichswehr unterdrückt werden würde. Wir konnten uns denken, daß es soeben kommen könnte, daß die Regierung die Reichswehr gegen eine nationale Bewegung einsetzt.“

Vorsitzender: „Was sollte dann geschehen?“ Fürtzen: „Was geschehen sollte, wurde nicht gesprochen. Es wurde nur besprochen, daß es nicht dazu kommen dürfe und daß diese Bewegung nicht durch die Reichswehr vernichtet werden dürfe.“ Vorsitzender: „Hat Ludien gesagt, wer noch hinter der Bewegung steht?“ Fürtzen: „Ludien sagte, daß noch andere Offiziere dächten wie er.“ Rechtsanwalt Sadt: „Haben Sie mal über die Wehrprobleme anderer Parteien nachgedacht?“ Fürtzen: „Wir sprachen auch über die anderen Parteien, aber dann über die, die uns am nächsten standen.“ Rechtsanwalt Sadt: „Haben Sie sich, Herr Zeuge, Gedanken darüber gemacht, daß es zu einem Konflikt des Militärs kommen könnte, wenn die regierungsbildenden Parteien eine Politik in der Reichsregierung betreiben, die dem Wehrstand des Soldaten widerspricht?“ Fürtzen: „Ich war mir darüber klar, daß der Soldat in Konflikte kommen muß, wenn der Geist der Reichswehr bestimmt wird durch eine Regierung, deren Geist beeinflusst wird durch die Majorität, d. h. durch die härteste Partei, wenn diese härteste Partei u. a. auch internationale Gedanken verfocht, d. h. Gedanken, die anders sind als vaterländisch und national. So kann es dazu kommen, daß das Heer seiner eigentlichen Bestimmung entsagen wird. Es liegt im Stillen. Ich mußte im übrigen feststellen, daß wir mehr und mehr Volkstruppe als Vaterlandsverteidiger gemordet waren.“

Rechtsanwalt Sadt: „Haben Sie sich einmal darüber Gedanken gemacht, daß das Portefeuille des Reichswehrministeriums an einen Minister kommen könnte, dessen parteipolitische Einstellung gegen den gelunden Geist der Wehrhaftigkeit gerichtet ist?“ Fürtzen: „Viele Möglichkeiten besteht.“

Nunmehr verlas Major Theisen, der Sachverständige des Reichswehrministeriums, das Wort zu einer Erklärung: „Der Zeuge sagte, daß es darauf ankomme, festzustellen, wer bei den Offizieren vaterländisch eingestellt sei. Diese Erklärung könnte den Eindruck erwecken, als ob die Masse des Offizierskorps nicht vaterländisch eingestellt ist. Ich muß im Interesse des Offizierskorps hier widersprechen. Ich wiederhole, daß die ganze Wehrmacht den landläufigen Nationalismus ablehnt. Ebenso lehnt die ganze Wehrmacht den Internationalismus ab und läßt ihren Blick nach nationalem Denken und Fühlen. Zum Begriff der Wehrhaftigkeit als Volkstruppe ist zu sagen, daß wir in erster Linie zum Schutze der Grenzen da sind, wenn es irgend einem Feinde einfallen sollte, über die Grenzen einzufallen. Ich kann verstehen, daß durch die Art, wie der Kaiser Sonderbefehl erlassen wurde, sich junge Offiziere gekränkt fühlen konnten. Aber der Grundfehler der Disziplin ist, daß die Befehle ausgeführt werden. Wir versuchen, Verständnis für die Befehle zu erzielen. In der Tat, daß Konflikte entstehen, sehe ich die Wirkung einer Zerkleinerungspropaganda.“

Rechtsanwalt Sadt: „Können diese Gedanken der jungen Offiziere nicht aufgefakt werden als Reaktion auf die Gedankengänge, die dadurch entstehen, daß sie bestimmte Befehle von höherer Stelle nicht verstehen?“ Major Theisen: „Ich meine, daß es zerkleinernde Tätigkeit ist, wenn sich die Angeklagten in andere Garnisonen begeben haben, um die Konflikte zu lösen. Die Angeklagten hätten sich aufklären lassen und beschweren können.“

Rechtsanwalt Sadt: „Was dem Reichswehrminister der Konfliktstoff bekannt?“ Major Theisen: „Am abzuhelfen, wurden die Divisionkommandeure zusammen- gerufen und bekamen den Auftrag, aufklärend zu wirken. Auch verschiedene Verfügungen sind erlassen, die sich über die politische Zerkleinerungsarbeit auswirken.“

Rechtsanwalt Sadt: „Was ist die politische Zerkleinerungsarbeit des Reichswehrministeriums als „Elaborate“ und richtet im übrigen an den Zeugen, Leutnant Fürtzen, die Frage, ob die Stimmung im Offizierskorps heute anders sei.“ Fürtzen: „Die Stimmung ist heute wie damals.“ Major Theisen: „Ich kann dazu sagen, daß die Reichswehr mit allen Mitteln gegen die Zerkleinerung von rechts und links vorgeht. Eines der Mittel ist, daß derjenige, der Zerkleinerungsarbeit aussetzt, eine Belohnung in Form einer Uhr erhält. Wir werden der Zerkleinerung nicht Herr, wenn wir nicht eine Belohnung aussetzen.“

Rechtsanwalt Sadt: „Ist es nicht Aufgabe auch der Zerkleinerungsarbeit von Seiten der Regierung bildenden Parteien entgegenzutreten?“

Major Theisen: „Gegen jede Zerkleinerungsarbeit muß vorgegangen werden. Der Chef der Heeresleitung und der Chef der Marine- leitung sind dem Minister für die Schloßkraft des Heeres verant- wortlich.“

Als Rechtsanwalt Sadt aus dem Zeugen Fürtzen die Antwort herauslocken möchte, daß die jungen Offiziere nur geführt hätten, daß die Regierung vielleicht gegen Polen im Falle eines Konfliktes nicht energisch genug vorgehen würde und Fürtzen mit einem „jawohl“ geantwortet hatte, erklärte Major Theisen: „Es bestand niemals im Reichswehrministerium ein Zweifel darüber, daß ein Feind, der wagt, die Grenzen anzugreifen, zurückgeschlo-

sen werden.“

Als Rechtsanwalt Sadt aus dem Zeugen Fürtzen die Antwort herauslocken möchte, daß die jungen Offiziere nur geführt hätten, daß die Regierung vielleicht gegen Polen im Falle eines Konfliktes nicht energisch genug vorgehen würde und Fürtzen mit einem „jawohl“ geantwortet hatte, erklärte Major Theisen: „Es bestand niemals im Reichswehrministerium ein Zweifel darüber, daß ein Feind, der wagt, die Grenzen anzugreifen, zurückgeschlo-

sen werden.“

Als Rechtsanwalt Sadt aus dem Zeugen Fürtzen die Antwort herauslocken möchte, daß die jungen Offiziere nur geführt hätten, daß die Regierung vielleicht gegen Polen im Falle eines Konfliktes nicht energisch genug vorgehen würde und Fürtzen mit einem „jawohl“ geantwortet hatte, erklärte Major Theisen: „Es bestand niemals im Reichswehrministerium ein Zweifel darüber, daß ein Feind, der wagt, die Grenzen anzugreifen, zurückgeschlo-

sen werden.“

Als Rechtsanwalt Sadt aus dem Zeugen Fürtzen die Antwort herauslocken möchte, daß die jungen Offiziere nur geführt hätten, daß die Regierung vielleicht gegen Polen im Falle eines Konfliktes nicht energisch genug vorgehen würde und Fürtzen mit einem „jawohl“ geantwortet hatte, erklärte Major Theisen: „Es bestand niemals im Reichswehrministerium ein Zweifel darüber, daß ein Feind, der wagt, die Grenzen anzugreifen, zurückgeschlo-

sen werden.“

Als Rechtsanwalt Sadt aus dem Zeugen Fürtzen die Antwort herauslocken möchte, daß die jungen Offiziere nur geführt hätten, daß die Regierung vielleicht gegen Polen im Falle eines Konfliktes nicht energisch genug vorgehen würde und Fürtzen mit einem „jawohl“ geantwortet hatte, erklärte Major Theisen: „Es bestand niemals im Reichswehrministerium ein Zweifel darüber, daß ein Feind, der wagt, die Grenzen anzugreifen, zurückgeschlo-

sen werden.“

Als Rechtsanwalt Sadt aus dem Zeugen Fürtzen die Antwort herauslocken möchte, daß die jungen Offiziere nur geführt hätten, daß die Regierung vielleicht gegen Polen im Falle eines Konfliktes nicht energisch genug vorgehen würde und Fürtzen mit einem „jawohl“ geantwortet hatte, erklärte Major Theisen: „Es bestand niemals im Reichswehrministerium ein Zweifel darüber, daß ein Feind, der wagt, die Grenzen anzugreifen, zurückgeschlo-

sen werden.“

Als Rechtsanwalt Sadt aus dem Zeugen Fürtzen die Antwort herauslocken möchte, daß die jungen Offiziere nur geführt hätten, daß die Regierung vielleicht gegen Polen im Falle eines Konfliktes nicht energisch genug vorgehen würde und Fürtzen mit einem „jawohl“ geantwortet hatte, erklärte Major Theisen: „Es bestand niemals im Reichswehrministerium ein Zweifel darüber, daß ein Feind, der wagt, die Grenzen anzugreifen, zurückgeschlo-

sen werden.“

Als Rechtsanwalt Sadt aus dem Zeugen Fürtzen die Antwort herauslocken möchte, daß die jungen Offiziere nur geführt hätten, daß die Regierung vielleicht gegen Polen im Falle eines Konfliktes nicht energisch genug vorgehen würde und Fürtzen mit einem „jawohl“ geantwortet hatte, erklärte Major Theisen: „Es bestand niemals im Reichswehrministerium ein Zweifel darüber, daß ein Feind, der wagt, die Grenzen anzugreifen, zurückgeschlo-

wird, selbstverständlich auch, wenn es sich um Polen handelt. Wer man kann nicht immer alle Fälle und Einzelheiten nach unten be- kanntgeben.“

Nach längerem Verhör und nachdem auch Ludien sich noch kurz darüber geäußert hat, daß die SPD. kein Verständnis für die Ma- növer der Reichswehr habe, und nachdem Ludien fernerhin den Militärphilosophen Clausewitz zitiert hat, um zu beweisen, daß sich kein vernünftiger Nationalismus mit dessen Nationalismus deckt, wird der Zeuge Leutnant Fürtzen verurteilt.

Oberleutnant Westhoff aus Eilenach ist von Scheringer belucht worden. Nach Einzelheiten dieses Beluges befragt, antwortet Westhoff: „Scheringer brachte zum Ausdruck, es müsse dafür gesorgt wer- den, daß der Kurs der Reichswehr mehr nach rechts geht. Ich fragte was ich in der Sache machen sollte. Scheringer antwortete, daß ich Vertrauensmann und Mittelsmann für Thüringen sein sollte. Er hätte, so sagte er, auch Vertrauensleute in anderen Garnisonen, mit den Stabschefen könne man nicht rechnen, aber der Name des Herrn v. Pfeffer ist bei der Unterredung gefallen.“

Als ich dadurch flugig gemacht, fragte, ob die Nationalsozialisten hinter der Sache ständen, verneinte Scheringer. Er sagte ferner, es solle in der Sache nach Möglichkeit kein Brief geschrieben werden, weil sonst gleich alles herauskäme. Ich nahm Scheringer nicht für ernst, war mir aber doch darüber im Klaren, daß es eine Unmöglichkeit für einen jungen Offizier sei, daß er die Truppe in so einer Weise, wie Scheringer es vor hatte, zu beeinflussen ver- mochte. Ich lehnte ab und glaubte, daß auch er nun keine Hand nach der Sache lassen würde. Hätte ich gewußt, wie ernst Scheringer bei seiner Sache war, hätte ich ihn festnehmen lassen. So warnte ich nur vor einer Aktion, von der ich glaubte, daß sie allen beteiligten Offizieren die Stelle kosten könnte. Ich meldete dann einen Tag oder zwei später vertraulich meinem Regimentskommandeur die Sache, der sie weiterleitete. Ich selbst habe weitere Meldungen erst auf Befehl gemacht. Der Bataillonskommandeur beurteilte die Angelegenheit sehr ernst. Sie wurde dann weitergegeben und kam schließlich auch zum Generaloberst v. Heese, der mir unterliegen ließ, mich mit Scheringer noch irrendweise in Verbindung zu setzen.“

General von Waenter hat dann seinen Bericht gemacht, an dessen Schluß es heißt, daß er eine weitere Untersuchung des Falles im Hinblick auf seine große Bedeutung für nötig halte.

Westhoff ergänzt: „Leutnant Wendt kam zu mir und bat mich, zu sagen, daß ich bei meiner Vernehmung durch Waenter nicht er- zählen sollte, daß ich durch Vermittlung Scheringers für Thüringen als Mittelsmann aufgestellt werden sollte. Wendt bemerkte schließ- lich: „Ihm sei es egal, wenn die Sache aufliege. Er habe seinen Abschied eingereicht, aber Scheringer sei es nicht egal. Er schickte vorher noch einen anderen und dann ich selbst über den Hofen.“ Ich konnte diese Bemerkung nicht ernst nehmen. Im übrigen hat Wendt noch erklärt, daß Scheringer und Ludien ihm unangenehm hätten und mit der ganzen Sache nichts mehr zu tun haben wollten.“

Leutnant Westhoff ergänzt seine Aussagen auf Befragen noch wie folgt: „Es sollte die Ansicht des notwendigen Verhaltens gegen links unter uns jungen Offizieren und später unter den Mann- schaften verbreitet werden. Dann wollte man an die älteren Her- ren herantreten und ihnen sagen, wie die Truppe dächte. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß es zu einem italienisch-französischen Kon- flikt käme, und dieser Zeitpunkt sollte dazu benutzt werden, den Kurs im Heer nach rechts zu drehen.“

Der Angeklagte Scheringer erklärte dazu, daß er die Anberun- gen in Bezug auf den möglichen italienisch-französischen Konflikt im gemeint habe, daß ein solcher Konflikt wohl die Möglichkeit zu einem Befreiungskampfe abgeben würde: „Der Soldat weiß im übrigen genau, daß die Reichswehr, so, wie sie jetzt ist, nicht ein- mal in der Lage wäre, einen großangelegten, kommunizistischen Auf- stand niederzuwerfen. Wir waren uns darüber im Klaren, daß die Reichswehr einen Rückhalt im Volke haben mußte, und zwar bei den Teilen des Volkes, die national eingestellt seien. Die Armeem- usch muß daher nicht nur nationalistisch, sondern auch sozial denken, weil sie an die Arbeiterhaft herankommen müsse, und weil gerade von sozial die Rede ist, wies ich die Beförderungsoberhäupter für die aus dem Mannschaftenstand herorgegangenen Offiziere lo- schließte? Es heißt in den Berufspflichten: „Dem Soldaten steht auf Grund seiner Leistungen der Weg bis zu den höchsten Stellen in der Reichswehr offen, das ist nicht wahr!“

Anschießend werden die bisher noch nicht verurteilten Zeugen von Pfeffer, Weis, Wagner und Baummann Jäger verurteilt. Schließlich gibt der Vorsitzende die weiteren Prozeßdispositionen bekannt: Dienstag findet keine Verhandlung statt. Für Mittwoch und Donnerstag sind die Verhandlungen vorgelesen. Das Urteil dürfte am Freitagabend gesprochen werden.

Freistaat Baden

Nationalsozialistischer Mandatswechsel

Abg. Benz legt sein Landtagsmandat nieder

Der nationalsozialistische Abgeordnete Benz hat sein Landtags- mandat niedergelegt, da er in den Reichstag gewählt ist. An seine Stelle tritt als nächster der nationalsozialistische Liste Freiherr v. Marschall von Bieberstein in den Landtag ein.

Badischer Genossenschaftstag für Handwerk und Gewerbe

Der diesjährige Badische Genossenschaftstag für Hand- werk und Gewerbe fand in Heidelberg statt. Zu der Delegierten- versammlung am Sonntag, welcher eine Ausflugsfahrt ins Rheingold- forsthaus vorausging, hatten sich der Vorsitzende v. Gerat und die Delegierten zahlreicher Genossenschaften aus allen Bezirken Badens eingeladen. Einleitend sprach der Vorsitzende über die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit in der Gegenwart.

Der Vorsitzende sprach über die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit in der Gegenwart. Er erwähnte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Einzelnen und die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung. Er betonte die Wichtigkeit der Genossenschaftsarbeit für die Entwicklung des Handwerks und Gewerbes in Baden.

Der Vorsitzende sprach über die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit in der Gegenwart. Er erwähnte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Einzelnen und die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung. Er betonte die Wichtigkeit der Genossenschaftsarbeit für die Entwicklung des Handwerks und Gewerbes in Baden.

Der Vorsitzende sprach über die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit in der Gegenwart. Er erwähnte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Einzelnen und die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung. Er betonte die Wichtigkeit der Genossenschaftsarbeit für die Entwicklung des Handwerks und Gewerbes in Baden.

Der Vorsitzende sprach über die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit in der Gegenwart. Er erwähnte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Einzelnen und die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung. Er betonte die Wichtigkeit der Genossenschaftsarbeit für die Entwicklung des Handwerks und Gewerbes in Baden.

Der Vorsitzende sprach über die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit in der Gegenwart. Er erwähnte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Einzelnen und die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung. Er betonte die Wichtigkeit der Genossenschaftsarbeit für die Entwicklung des Handwerks und Gewerbes in Baden.

Der Vorsitzende sprach über die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit in der Gegenwart. Er erwähnte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Einzelnen und die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung. Er betonte die Wichtigkeit der Genossenschaftsarbeit für die Entwicklung des Handwerks und Gewerbes in Baden.

Der Vorsitzende sprach über die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit in der Gegenwart. Er erwähnte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Einzelnen und die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung. Er betonte die Wichtigkeit der Genossenschaftsarbeit für die Entwicklung des Handwerks und Gewerbes in Baden.

Der Vorsitzende sprach über die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit in der Gegenwart. Er erwähnte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Einzelnen und die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung. Er betonte die Wichtigkeit der Genossenschaftsarbeit für die Entwicklung des Handwerks und Gewerbes in Baden.

Der Vorsitzende sprach über die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit in der Gegenwart. Er erwähnte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Einzelnen und die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung. Er betonte die Wichtigkeit der Genossenschaftsarbeit für die Entwicklung des Handwerks und Gewerbes in Baden.

Der Vorsitzende sprach über die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit in der Gegenwart. Er erwähnte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Einzelnen und die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung. Er betonte die Wichtigkeit der Genossenschaftsarbeit für die Entwicklung des Handwerks und Gewerbes in Baden.



Dr. Seipel der neue Außenminister Oesterreichs?

Brüning will regieren . . .

Berlin, 30. Sept. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Regierung entschlossen ist, in absehbarer Zeit ohne das Parlament zu regieren. Sie wird jedoch versuchen, alle parlamentarischen Möglichkeiten zur Annahme ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms und ihrer sonstigen Pläne auszunutzen. Trotzdem kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Regierung entschlossen ist, ohne und gegen das Parlament zu entscheiden.

Das Reichskabinett hat im Verlauf der Beratungen der letzten Woche ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm beschlossen. Die Durchführung dieses Programms ist davon abhängig, ob das Kabinett die erforderlichen Ueberbrückungskredite erhält. Der Reichsbankpräsident Dr. Luthar hat diese Kredite vorläufig zugesagt. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm wird in seinem Inhalt heute veröffentlicht werden. Man spricht davon, daß in dem Programm u. a. die Verpflichtung der Arbeitslosen zur Dienstleistung enthalten ist.

Der preussische Ministerpräsident Dr. Otto Braun, der heute nach Berlin zurückkehren wird, hat im Verlauf des heutigen Nachmittags vor der Sitzung des preussischen Kabinetts eine Besprechung mit dem Reichsminister Dr. Brüning, in deren Verlauf außer der politischen Lage u. a. die Beschlüsse der Reichsregierung über das Arbeitsprogramm des Kabinetts Brüning erörtert werden.

Kommunistische Ausschreitungen im Arbeitsgericht

M. Wuppertal, 29. Sept. Zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall kam es vor dem Oberfelder Arbeitsgericht, als der Syndikus des Bergischen Arbeitgeberverbandes in einer Streiklage die Interessen einer Firma aus Vohwinkel vertrat. Kommunisten drangen in das Arbeitsgericht ein und beschlagnahmten das Gericht, worauf sie vom Vorsitzenden aus dem Saal verwiesen wurden. Als der Vertreter des Arbeitgeberverbandes das Gerichtsgebäude verlassen wollte, wurde er im Gebäude von einem Kommunisten überfallen und niedergeschlagen.

Kommunistische Verleumdung verurteilt

C. B. Berlin, 29. September. Wegen fortgesetzter öffentlicher Verleumdung des früheren Reichsministers des Innern Seering wurde das Strafgericht Berlin Mitte heute den Redakteur S. A. S. und die Redakteure A. M. von der roten Fahne zu einem bzw. zwei Monaten Gefängnis. In den Urteilen war Minister Seering als „Scharfrichter aus dem Ruhrgebiet“, als „Arbeiterblutverderber“, als „Schänder des Proletariats“, bezeichnet worden.

Vorbereitung zur Politik Nationalsozialisten als Einbrecher

Kiel, 28. Sept. (Via. Drabik.) Zwei Nationalsozialisten, der 24-jährige Willi Santenberger und der 28-jährige Gustav Linn wurden von dem Kieler Schöffengericht wegen umfangreicher Einbrüche zu 2 Monaten bzw. 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Während der Gerichtsverhandlung wurden zahlreiche weitere, den Angeklagten zur Last fallende Einbrüche aufgedeckt. Linn soll an 8. Santenberger an nicht weniger als 14 Einbrüchen beteiligt gewesen sein. Sie werden sich demnächst wieder vor Gericht zu verantworten haben.

Republikanische Kundgebung in Madrid

In Madrid fand eine riesige republikanische Kundgebung statt. In ihrer öffentlichen Versammlung verlangte der ehemalige Kriegsminister die sofortige Abdankung des Königs. Die Armee, fuhr er fort, habe keineswegs die Aufgabe, eine verbrauchte Monarchie zu unterstützen und das Volk zu unterwerfen. Sie habe vielmehr die Pflicht, der Nation zu dienen. Die republikanischen Parteiführer Domingos und Ferrer erklärten, daß die Republikaner nach der Abdankung des Königs setzen würden, daß das spanische Volk reif geworden sei, sich selbst zu regieren. Ein Demonstrationszug, an dem über 30.000 Personen teilnahmen, beschloß die Kundgebung.

Arbeitslosigkeit in Dänemark

Die dänische Regierung hat einen Staatszuschuß in Höhe von 20 Millionen Kronen zur Verbesserung des Straßennetzes zur Verfügung gestellt. Die geplanten Arbeiten haben insgesamt einen Wert von 40 Millionen Kronen und sollen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dienen.

Die Vorgänge in Prag

Prag, 29. Sept. Heute vormittag fand eine längere Besprechung zwischen Dr. Curzius und Benesch statt, in der auch die Vorgänge in Prag zur Sprache gekommen sind.

Volkswirtschaft

Weitere Herabsetzung der Treibstoffpreise
Der weitere Rückgang der amerikanischen Exportpreise für Benzin und die Senkung des Zinsfußes am Markt haben die großen Treibstofffabriken veranlaßt, mit Wirkung vom 29. September eine weitere Preisreduzierung für Benzin mit Ausnahme von Berlin und Hamburg um 1-2 Pfennig für Gemische und Benzin um 1-3 Pf. einzutreten zu lassen. Gleichzeitige haben sich die Gesellschaften Benzolverband G.m.b.H., Chemische Werke Berlin, Deutsche Petroleum-Gesellschaft, Deutsche Petroleum-Gesellschaft, Petrochemische Gesellschaft, Hamburg, Mineralöle G.m.b.H., Mineralöle G.m.b.H., Deutsche Petroleum-Gesellschaft G.m.b.H., Allgemeine Oelhandels-Gesellschaft m.b.H., Hamburg 1, Reichsstraße 27/28 G.m.b.H., Berlin entschlossen aus der Treibstoffkonvention auszutreten, da der verbriefte Benzinverkauf zu einer auf Dauer unabänderlich gewordenen Durchbrechung der Renditionsbestimmungen geführt hat.

Die Firma Carl Foh & Söhne in Heidelberg und Mannheim (Safold), Maschinenfabrik und Schloßschloßfabrik ist in eine Aktiengesellschaft mit einem Stammkapital von 105.000 Mark umgewandelt worden. Die Aktien sind im Besitz der Familie Foh.

Die Unterbringung bei der Heidelberger Wohnungs-Bau-Gesellschaft

Heidelberg, 29. Sept. Der frühere Geschäftsführer der Wohnungs-Bau-Gesellschaft, Paul Müller, hat sich, wie bereits gemeldet, der Staatsanwaltschaft in Karau zur Verfügung gestellt. Er ist aber sofort wieder freigelassen worden, weil keine Inhaftierung nach den juristischen Bestimmungen der Schweiz nicht in Frage kommt. Es besteht nunmehr die Aussicht, ihn durch den Untersuchungsrichter beim Landgericht Heidelberg in einem badisch-schweizerischen Grenzgebiet unter Aufsicherung freies Geleit zu lassen.

Sport

Reichtatletik-Meisterschaft des Arbeiter-Athletenbundes
Bei der in Nürnberg ausgetragenen Reichtatletik-Mannschaftsmeisterschaft des Arbeiter-Athletenbundes ging Nürnberg mit 1492,1 Punkten als Meister hervor. Den zweiten Platz nahm die Lokomotive Langewiesen in Nürnberg mit 1412,1 Punkten ein. Rührer von Nürnberg-Mühl verkehrte keine Bundesbestleistung im Kugelstoßen von 20,20 auf 21,53 Meter.

Aus aller Welt

Zugunfall

Am Montag, 20 Uhr 5 Min. ist der Personenzug 2185 bei Kilometer 31,9 der Strecke Gera-Weichs auf einen abgeperrten im Losfahren begriffenen Durchgangsgüterzug aufgefahren. Es sind dabei 17 Personen leichtverletzt worden. Vier Güterwagen sind umgefallen, vier weitere entgleist. Das Gleis wurde beschädigt.

Weibliche Anatomie in Stuttgart

Die Stuttgarter Stadtverwaltung hat am Cannstatter Krankenhaus eine eigene Prosektur eingerichtet und deren Leitung zum ersten Mal einer Frau, dem Fräulein Prof. Schmidtman, übertragen, die bisher am Pathologischen Institut der Universität Leipzig tätig war und bis jetzt schon rund 10.000 Sektionen ausgeführt hat. Bei der feierlichen Einführung der Dame, die als erste Ärztin für ihre Tätigkeit sich die wissenschaftlichen Unternehmungen am toten Menschen ausgemacht hat, sprachen die leitenden Ärzte der Stuttgarter Krankenhäuser ihre rühmlichen Bereitwilligkeit zur kollegialen Zusammenarbeit mit der neuen Kollegin aus.

Der älteste Bürger Westfalens gestorben

C. B. Bocholt, 29. Sept. Der älteste Bürger Westfalens, Landwirt Johann Seifertkamp, ist im Alter von 104 Jahren an Altersschwäche gestorben. Der alte „Pannemann“, wie er im Volksmund heißt, hatte im Laufe dieses Jahres, verhältnismäßig rüftig seinen 104. Geburtstag gefeiert.

Das Todesurteil gegen den Zahnarzt Dr. Gutmann rechtskräftig

Leipzig, 29. Sept. Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts bestätigte heute durch Verwerfung der Revision das Todesurteil des Schwurgerichts Prenzlau gegen den Zahnarzt Dr. Gutmann aus Schwied wegen Gattenmordes.

Bergwerkstunnen in Südafrika

Kapstadt, 29. Sept. In einem Bergwerk bei Johannesburg ist sich ein leerer Förderkorb los und stürzte annähernd 1000 Meter tief in den Schacht hinab. Von den Trümmern wurden vier Eingeborene getötet und sieben verletzt.

Der Wiesbadener Bantraub war fingiert

Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß auf den Kassierer der Zweigstelle der Landwirtschaftlichen Genossenschaftsbank für Helsen-Neufeld in Wiesbaden ein Raubüberfall ausgeführt worden sei, bei dem 11.000 Mark geraubt worden sein sollten. Die Kriminalpolizei hat inzwischen den Kassierer überprüft, daß er die fehlenden Gelder unterschlagen und den Überfall fingiert hat. Die Ursache der Veranlassungen sollen Weichschulden sein.



Flugzeug fliegt in Hauswand

Ein französisches Militärflugzeug ging wegen einer plötzlichen Motorpanne schief nieder und bohrte sich in die Seitenwand eines Hauses von Neuilly-Matignac. Wie durch ein Wunder wurde niemand verletzt, trotzdem das Flugzeug vollständig in Trümmer ging.

Aus der Stadt Durlach

Bürgerausführungsvorlagen

Die Tagesordnung für die am heutigen Dienstag stattfindende Bürgerausführungsvorlage umfaßt 6 Vorlagen, von welchen einige von allgemeinerem Interesse hier kurz besprochen seien. Die Reichsregierung hat zur Durchführung des verstärkten Wohnungsbauprogramms und zur Herabminderung der Erwerbslosenziffer den Bürgern einen Kredit zu sehr günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt; davon entfallen auf Baden 2,5 Millionen, auf Durlach 33.000 M. Der Stadtrat schlägt vor, vier zweistöckige und ein dreistöckiges Wohnhaus in der Bleichstraße, zwischen Katharinen- und Eisenbahnstraße zu erbauen mit insgesamt 22 Zweifamilienwohnungen und einem voranschlagsmäßigen Gesamtaufwand von 128.000 M. Der über den Anteil an dem Reichskredit hinausgehende Aufwand soll aus Gebäudelotterien bzw. Anleihenmittel aufgebracht, die Bauten in möglichst einfacher Weise ausgeführt und die Mietzinsen so niedrig als möglich gehalten werden. Dabei darf nach den Richtlinien der Reichsregierung bei Vergebung der Arbeiten keine Beschränkung auf die örtlichen einschlägigen Geschäfte Platz greifen. Die Herstellung von Gehwegen in der Hauptstraße des Stadtteils Aue zwischen Südens- und Luffenstraße, als Teerabtragelagewege gedacht, erfordert einen Aufwand von 18.600 M., wovon 13.600 M. = 32 M. pro Meter Frontlänge von den Anwohnern St. Ortrudstraße und Ortrudstr. Beitrag der Anwohner betr., zu erheben sind, was zweifellos bei den Betroffenen sehr gemächliche Gefühle auslösen dürfte. Das Haus Nr. 17 der Pfingststraße soll zum Preis von 18.000 M. angekauft und abgerissen werden, da es um zwei Meter vor der künftigen Straßengrenze vorsteht. Die Vorlage hängt mit dem planmäßigen Ausbau der Pfingststraße als Umleitungsstraße für den durchgehenden Autoverkehr zur Entlastung der Hauptstraße eng zusammen und beantragt insofern auch allgemeines Interesse. Sie dürfte vermutlich bei einzelnen engstirnigen bürgerlichen Gruppen einigem Widerstand begegnen.

Bierlinge feiern ihren 50. Geburtstag

Das für Bierlinge gewöhnliche Fest des fünfzigsten Geburtstages feierten in Münchenbuchsee bei Bern, wie der Bund berichtet, die Geschwister Gebri. Die Bierlingsgeschwister Oskar, Bertho, Rolo und Arthur Gebri kamen am 26. September 1880 in Oberlinbach zur Welt. Ihr Vater war der Kunstmaler Karl Samuel Gebri, der sich namentlich der malerischen Darstellung berühmten Volksstüms gewidmet hatte und der z. B. an der Illustration der Jahrbücher Ausgabe der Werke von Jeremias Gotthelf mitwirkte.

Stürmische Szenen im Frenzelprozess

Da es Pflicht der Presse ist, die Öffentlichkeit trotz des Ausschlusses über den Fortgang der Frenzel-Verhandlung zu informieren, müssen einige charakteristische Momente beleuchtet werden. Der Angeklagte Frenzel, der ungemein erregt ist, da er anscheinend die Objektivität dieses Gerichtshofes anzweifelt, gibt eine eingehende Schilderung seines Lebenslaufs und kommt vor allem auf die Anschuldigungen zu sprechen, die seine Töchter gegen ihn erhoben haben. Er erklärt u. a., daß er sich seiner ausgedehnten Geschäfte wegen seiner Familie nicht so hätte widmen können, wie es wohl besser der Fall gewesen wäre und steht darin eine der Hauptursachen, daß seine Töchter allmählich die Liebe zu ihm verloren haben. Er glaubt, daß Hildegard und Gertrud vor allem durch Enttäuschung zu ihrer unheimlichen Beschuldigung getrieben wurden. Als nun Staatsanwalt Staragardt sich sehr scharf gegen den Angeklagten wendet und ihm Ausflüchte zum Vorwurf macht, gerät Frenzel in eine so heftige Erregung, daß die beiden Verteidiger eingreifen müssen, um den aufgeregten Mann wieder zur Ruhe zu bringen. Frenzel springt auf und schreit, am ganzen Leibe sitzend in den Saal: „Auf mir lastet auch nicht die allgeringste Schuld und ich habe die feste Ueberzeugung, daß ich jetzt rehabilitiert werde.“ Frenzel fordert immer wieder die Anwesenheit seiner Töchter und richtet an den Vorsitzenden den dringlichen Appell, vor allem für das baldigste Erscheinen der Gertrud Sorge zu tragen. Er müsse unbedingt erfahren, ob das Mädchen auch jetzt noch seine entsetzlichen Beschuldigungen aufrecht erhalte. Er könne sich das nicht denken und müsse darüber Klarheit haben. Das lasse ihm keine Ruhe mehr. Trotz des stürmischen Eruchens des Angeklagten hat der Vorsitzende anders disponiert. Die Vernehmung der Gertrud soll erst zu einem späteren Termin erfolgen.

Zigaretten- und Kokainmuggel in Frankfurt a. M.

Die Frankfurter Zollüberwachungsstelle hat zwei Zigaretten-Schmuggler verhaftet, die in großem Umfange französische Zigaretten unversollt nach Frankfurt gebracht haben. Sie hielten die Ware an der belgischen Grenze ab, wozu sie durch Schmuggler gebracht worden war. Bei dem einen Verhafteten, einem gewissen Savel, wurden noch fast 30.000 unversollte französische Zigaretten vorgefunden. Ein großer Posten unversollter Ware wurde in einer Wirtschaft der Altstadt erbeutet. Die Schmugglermänner wurde sicher gestellt.

Der Dentist Werner Erich Hähler, der unter dem Namen „Zwan“ in der Kunstschafflerei Pache vielfach genannt wurde, ist jetzt auf Grund des gegen ihn erlassenen Steckbriefes in Düsseldorf festgenommen worden und wird nach Frankfurt überführt werden. Die Ermittlungen der Polizei nehmen immer größeren Umfang an. Hähler ist derjenige, der dem Pache den größten Teil des Kokains verschafft hat. Er soll das Kokain auf Grund gefälschter Rezepte erlangt haben. Anzeichen war die Bettn-Gerhardt bei den Verhaftungen die Hauptantizipeder. In den letzten Tagen wurde noch ein junger Mann namens Hans Frandach unter der Beschuldigung der schweren Kuppelei verhaftet. Er soll in Abwesenheit seiner Mutter ihre Wohnung der Gerhardt und anderen Personen zu unethischen Handlungen und Kokaingenuss zur Verfügung gestellt haben.

Vorwärts-Fahrer getötet

Einem Motorradunfall zum Opfer gefallen

Berlin, 29. Sept. Der Vorwärts teilt mit: Ein Zeitungsfahrer des Vorwärts, der neunjährige Georg Weimann, ist gestern einem Motorradunfall zum Opfer gefallen. An der Kreuzung der Invaliden- und Eichenborststraße kollidierte sein Motorrad mit einem Auto. Weimann zog sich eine schwere Gehirnerschütterung zu, der er, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben, in den Morgenstunden des Montag im Krankenhaus erlag. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Weimann, der seit mehreren Jahren im Betriebe des Vorwärts tätig war, war ein äußerst ruhiger und sicherer Fahrer, der sich auch bei Radrennen häufig ausgezeichnet hatte.

Mit Georg Weimann hat die Redaktion des Vorwärts einen lieben, immer diensttreubigen, immer trübseligen Arbeitskollegen verloren. Zu jeder Arbeit stets bereit, niemals mißmutig, mit jugendlichem Eifer die Dinge nehmend, war er ein Typ des jungen, aufstrebenden Arbeiters. In den wenigen Lebensjahren, die ihm ein grauames Schicksal gegeben hat, zeigte er sich als ein Mensch, der Liebe zu Pflicht und Arbeit mit Freude am Leben verband. Sein früher Tod verleiht alle, die ihn kannten, um so mehr in Trauer, als er das einjährige Kind eines Kriegerwitwen ist. Das Andenken Georg Weimanns wird bei allen Angehörigen unserer Redaktion in Ehren gehalten werden.

Parteiversammlung

Die Parteiverammlung am letzten Freitag hatte einen sehr starken Besuch zu verzeichnen. Es wurden zunächst die vom örtlichen Parteiaussschuß vorgelegten Kandidaten zu Bezirksrat und Kreisaussschuß, die bei am 5. Oktober stattfindenden Kreisversammlung vorgelegt werden sollen, bestimmt. Als Delegierten zu dieser Konferenz wurden die Genossen Cloaker, sowie die Genossen Zahn, Steinbrunn und Jassel gewählt. Zur Gemeindevahl schlägt der örtliche Parteiaussschuß die Bestellung einer siebenaliedrigen Wahlkommission vor. Dem wird zugestimmt und Johann mit Mehrheit beauftragt, die Kandidatenliste zur Stadtratswahl erst nach vollzogener Bürgeraussschußwahl festzustellen. Gen. Walzgraf gab jedoch einen kurzen auf informatorischen Ueberblick auf die verflochtene Reichstagswahl und die dadurch geschaffene politische Situation. Die daran anschließende sehr interessante Aussprache, an welcher sich zehn Genossen beteiligten, gab ein treues Spiegelbild der verschiedenen Auffassungen, wie sie bei den Parteigenossen bestehen und hielt die Versammlung bis gegen 12 Uhr beisammen.

Staatliche Sammlung von Gipsabgüssen. Die der badischen Kunsthalle unterstellte staatliche Sammlung von Gipsabgüssen, die seit 1920 wegen Raummangel magaziniert war, wurde am 28. September in Karlsruhe im Orangeriegebäude neu eröffnet. Sie umfaßt alle vorhandenen bedeutenden Skulpturen der Antike, sowie einzelne Gruppen der deutschen Gotik, der italienischen und deutschen Renaissance und ist an den gleichen Tagen wie die Badische Kunsthalle geöffnet.

Der Name **Büdo** garantiert Qualität

Gewerkschaftliches

Der internationale Transportarbeiterkongress

SPD. London, 26. Sept. (Eig. Draht). Der Donnerstagvormittag versammelte sämtliche Delegierte zu einer Plenarsitzung, die mit einem Vortrag von Professor Dole-Dyford über die Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft ausgefüllt waren. Der bekannte englische Nationalökonom kam in seinem ausgezeichneten Referat zu folgendem Schluß:

„Wenn die Welt keinen Ausweg aus dem Gegensatz zwischen Überproduktion und Unterkonsumtion weiß, sind die Aussichten für die letzten Jahrzehnte recht düster. Es ist kaum zu denken, daß die Berne Öfen die Kampfereifung und seine ganze Energie auf die Verbesserung seiner produzierten Leistungsfähigkeit verwenden wird. Nur dadurch könnte ein ungeheurer Markt für europäische Waren und für die dazugehörigen europäischen Industrien geschaffen werden. Da aber auch nicht daran zu denken ist, daß die Vereinigten Staaten ihre Zollschranken niederreißen und bereitwillig Fabrikate als Bezahlung der europäischen Schulden übernehmen, werde kaum eine Besserung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse abzusehen sein. Das kapitalistische System in seiner letzten Entwicklungsphase erzeuge eine neue Art der Arbeitslosigkeit, deren gesellschaftliche Auswirkung wahrscheinlich noch weit grübler und verhängnisvoller sein werde, wenn nicht der gesunde Menschenverstand der Völker eine Radikalkur erzwinge. Eine Erleichterung der Zustände sei nur zu erzielen, wenn die Preise beträchtlich gesenkt und die Löhne der Arbeiterschaft aller Länder gesteigert würden, damit der Konsum gehoben werde. Das kapitalistische System, so schloß Dole, führt unter modernen Verhältnissen in zunehmendem Umfang zur Beschäftigungslosigkeit und es gibt letzten Endes kein anderes Mittel, um dieser Tendenz entgegenzuwirken, als die Durchführung eines beträchtlichen Maßes von demokratischem Sozialismus.“

In der, dem Referat folgenden Debatte sprach Schumann-Berlin, der bei dieser Gelegenheit erklärte, das deutsche Wahlergebnis sei die Folge der wirtschaftlichen Verwahrlosung großer deutscher Volksmassen. Die deutschen Gewerkschaften seien jedoch stark genug, der falschtlichen Gefahr zu begegnen. Ich bin überzeugt, schloß Schumann unter dem stürmischen Beifall des Kongresses, es wird den deutschen Führern nicht gelingen, die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung zu zerstören.

Nachdem ein Beschlusseschreiben Macdonalds unter großem Jubel verlesen worden war, saßen sich die Delegierten wiederum zu Einzelberatungen an.

SPD. London, 27. Sept. (Eig. Draht). Der internationale Transportarbeiterkongress befaßte sich in seiner Plenarsitzung vom Freitag mit den in den Kommissionen ausgearbeiteten Vorschlägen. Abgelehnt wurde die Errichtung eines internationalen Streikfonds, angenommen eine von 1931 an wirksame Beitragserhöhung um Zweifünftel Penns pro Mitglied. Ferner beauftragte der Kongress den Verbandsvorstand für die baldige Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu wirken. In der Debatte erklärte u. a. ein Vertreter Englands, die britische Arbeiterregierung werde demnächst dem Parlament einen auf das Washingtoner Abkommen bezüglichen Gesetzesentwurf vorlegen. Von Tillet-England verwies auf die heute mehr denn je notwendige internationale Einigkeit und Entschlossenheit der Arbeiterklasse. Sie könne sich den Luxus von Diskreditoren und von Narren wie Hitler nicht gestatten, denn dazu seien die ökonomischen Verhältnisse aller Länder und die soziale Lage aller Arbeiter zu schwer.

Verbandstag der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Hamburg, 27. Sept. (Eig. Draht). Die Schlußtagung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter war der Neuordnung der Verbandsstrukturen gewidmet. Diese mußten nach verschiedener Richtung hin umgestaltet werden, um den Organisationsapparat noch leistungsfähiger zu gestalten. In leitender Einmütigkeit haben die Delegierten diese Arbeit geleistet. Von den Beschlüssen ist hervorzuheben, daß erforderlichenfalls ein Reichsorganleiter angestellt wird. Von Bedeutung ist der Beschluß, den ausgearbeiteten Entwurf einer Wirtschaftshilfe von 500 000 Mark zu genehmigen. Damit wird der Verband über seine sonstigen Leistungen hinaus zur Förderung der Not beitragen.

Ueber die Statutenänderung, die sich auf die Invaliden- und Altersunterstützung bezieht, entspann sich in der Schlußtagung eine längere Diskussion. Der Verbandsvorstand konnte Material dafür herbeibringen, daß von Monat zu Monat die Ausgaben größer werden. Aus diesem Grunde wurde eine Neuregelung der Beiträge für die Invalidenunterstützung herbeigeführt. Eine angemessene Entschädigung wendet sich gegen die Verfallensfrist. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Eine Umänderung findet infolgedessen statt, als an Stelle des ausscheidenden Vorsitzenden Träger der Kollege Meier gewählt wurde. An seine Stelle trat als Sekretär Hermann-Gemmis. Ueberdies wurden zwölf im Betriebe lebende Kollegen aus den einzelnen Gauen in den erweiterten Vorstand gewählt. Der Vorsitzende des Verbandstages Hobday-Berlin widmete dem ausscheidenden Kollegen Träger Worte der Anerkennung für seine langjährigen Verdienste.

In seinem Schlußwort konnte der Verbandsvorsitzende Badert die seltene Einmütigkeit des Verbandstages feststellen. Dieser Verbandstag sei ein Rückblick auf eine organisatorische Tat ersten Ranges gewesen. Badert stellte fest, daß auf diesem Verbandstag keine Prinzipienerei getrieben worden sei. Die Beschlüsse, die gefaßt wurden, dienten dem Aufbau des Verbandes und würden auf die zukünftige Entwicklung von nachhaltigem Einfluß sein.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Uraufführung: „Die Reinselbin und der Eintäuser“. Lustspiel in 5 Akten von H. Engel und H. Grünwald

Etwas für die bessere Welt. Lauter auf angesogene Leute auf der Bühne, Lords, Ladies, Herzoginnen, zur Abwechslung das zwischen Galabirnen, Filmstars und was so eben zum feinen Leben gehört. Man atmet die parfumierte Luft der Salons und bemerkt sich im Kreise von Leuten, die von der Arbeit weder schmutzige Hände noch Gebirgswielen bekommen. Es ist für alles bereit, Geld in Fülle und Fülle da, das einseitige Problem: Wie man den sieben langen Tag totschlägt. Die Konversation bewegt sich in den Geleisen einer luftkonditionierten und erotisch untermalten Trivialität. Die Mädchen verflüchten das Alter durch freie Anischarmenen, das Alter gefällt sich in unerwarteten Originalitätsausbrüchen. Es langt nicht hinter und nicht vorn zu einer Gesellschaftsritze; dazu haben die Verfasser nicht das Zeug oder die Courage. Aber das Ganze gibt ein unangenehmes Spiegelbild der Mentalität unserer Großbourgeoisie — was soll man noch weiter davon irischen. Wir haben das hier alles schon hundertmal gehört; und es wiederholt sich bei jedem Gesellschaftsabend mit ermüdender Gleichförmigkeit. Vom Inhalt lasse man mich schweigen: ein bißchen Wit, ein wenig Monotonität, etwas Kitsch und ein Jota Ernst, und die Postkarte ist geboten. Dem Publikum hat sie geschmeckt — na alles!

Herr v. d. Trend und Herr Hecht haben sich alle Mühe gegeben. Essenlich war die Novität lauter aufgemacht, und die Künstler haben sich vor lobende Rollen gestellt. Höder gab einen entsetzlichen alten Gentleman-Düsel, wie Marie Frauenborfer eine echte Lady. Herr Kloeble, von einem guten Schneider betreut, gab sich ganz als unwiderstehlichen, lebenswürdigen Cavalier von Distinktion und guten Manieren. Die neue Salondame, Fräulein Rendi-Nahoff, hat sich trotz augencheinlicher Befangenheit recht artig eingeführt. Eine grobsilbige, hohe Figur mit noch etwas mädchenhaft herben Bewegungen, in Gestalt und Sprache für künstlich allerhand verpackend. Am Abend fehlt es noch ab und zu, es dringt oftmals eher etwas von einer Nation durch. Bei zunehmender Grifffähigkeit in der Wahl der Mittel wird die junge Dame noch überzeugender wirken. Wir sehen Weiterem mit begründeten Hoffnungen entgegen.

M.



Um das sorgsam behütete Aroma zu erhalten, schaffen wir reichliche Einrichtungen, die Möglichkeit, den Fabrikationsräumen genau konditionierte Luft zuzuführen. Auf's feinste gearbeitete Instrumente garantieren die stete Gleichmäßigkeit, die wiederum jene — keinen Schwankungen unterworfenen — Güte und Bekömmlichkeit erklärt, die Sie nach wie vor finden in den Kurmark-Cigaretten, ständig macedonisch.



Neues
Sauerkraut
Dürrfleisch
Salzfleisch
 Jeden Dienstag und Freitag 6150
 Feische Leber- und Gelebenswurst empfiehlt
Metzgerei LANG
 Kriegsstraße 183
 Telefon 665

Badisches
Landestheater
 Dienstag, 30. Sept.
 "A 2"
Die Nibelungen
 Ein deutsches Trauerspiel in drei Akten von Heibel
 Regie: Baumgard
 Erste Abteilung:
 Der gedehnte Siegfried
 Zweite Abteilung:
 Siegfrieds Tod
 Mitwirkende: Ermarth, Franendorfer, Genter, Schreiner, Gemme, Graf, Hiel, Hölter, Auf, D. Kieninger, Rieble, Richter, Schulze, u. d. T. Frey, S. Kieninger, Ruther
 Anfang 19¹⁵ Uhr
 Ende gegen 22¹⁵ Uhr
 Preise A (0.70-5.00) 1262
 B, 1. 10, 2. 10, 3. 10, 4. 10, 5. 10, 6. 10, 7. 10, 8. 10, 9. 10, 10. 10, 11. 10, 12. 10, 13. 10, 14. 10, 15. 10, 16. 10, 17. 10, 18. 10, 19. 10, 20. 10, 21. 10, 22. 10, 23. 10, 24. 10, 25. 10, 26. 10, 27. 10, 28. 10, 29. 10, 30. 10, 31. 10, 32. 10, 33. 10, 34. 10, 35. 10, 36. 10, 37. 10, 38. 10, 39. 10, 40. 10, 41. 10, 42. 10, 43. 10, 44. 10, 45. 10, 46. 10, 47. 10, 48. 10, 49. 10, 50. 10, 51. 10, 52. 10, 53. 10, 54. 10, 55. 10, 56. 10, 57. 10, 58. 10, 59. 10, 60. 10, 61. 10, 62. 10, 63. 10, 64. 10, 65. 10, 66. 10, 67. 10, 68. 10, 69. 10, 70. 10, 71. 10, 72. 10, 73. 10, 74. 10, 75. 10, 76. 10, 77. 10, 78. 10, 79. 10, 80. 10, 81. 10, 82. 10, 83. 10, 84. 10, 85. 10, 86. 10, 87. 10, 88. 10, 89. 10, 90. 10, 91. 10, 92. 10, 93. 10, 94. 10, 95. 10, 96. 10, 97. 10, 98. 10, 99. 10, 100. 10

Einmal und sauber
 möbliertes Zimmer in
 Neubau zu vermieten.
 Ein, elektr. Licht, Wasser
 mit Kasse pro Woche
 Nr. 6. Angebote unter
 Nr. 1048 an das Volks-
 freundebüro.

Nähmaschine!
 gut erhalten, nur 35 Mk.
Nähmaschine
 benutzbar, noch neu,
 billig abgegeben. 60 Mk.
Kanzmann
 Jähringerstraße 46.

Ein NSU-
Motorrad
 neu, überholt, zu verk.
 Autoredaratur
Schmitt, Ettlingen.
 Bei jeder Eizwagen
 mod. Form, wie neu, foto-
 schwarzer Lack, Preis zu
 verk. Philippstr. 20,
 3. St. r., Neubau. (21053)

Friedrich Zöpfer
 staatl. Lotterie-Ein-
 nehmer der preuß. Lott.
Klassen-Lotterie
 Karlsruhe, Kriegsstraße 3a
 Ecke Hauptstr. Straße
 Telefon 5296
 und Filialen.
 Wesentliche Erhöhung
 der Gewinnmöglichkeit,
 da Verdrehung der
 Mittelgewinne bei
 gleicher Loszahl.
Ziehung 1. Klasse 24
 u. 26. Oktob.

Preis-Abbau!
 Komplettes Bett
 bestehend aus
 Bettstelle mit
 Rost, Matratzen-
 schoner, 3 tellig,
 Matratzenklassen
 und Deckbett
 bei **82.- Mk.**
M. Kachur
 Kaiserstraße 19
 Grad, Smolting,
 Gehrod-Knäuge
 vertieft
 Franzosen, Gartenstr. 7
 In 3 Tagen 1400

Nichtraucher!
 Kundst. kostenlos.
Sautas-Depot
 Halle a. S., 392 L.

KAISERSTRASSE 115

ist stadtbekannt **seit 25 Jahren**

der gute Ruf
 von August Erb

reell u. zuverlässig **seit 25 Jahren**

die Firma
 August Erb

billig aber gut **seit 25 Jahren**

war stets Prinzip
 von August Erb

Im Zeichen der Dankbarkeit

Außerhalb der Jubiläums-Preise
10% Extra-Rabatt
 Marken-Artikel netto

Unser 25jähriges Geschäftsjubiläum begehen wir
 nicht in einem Feste, aber

ein Geschenk sein sollen

Unseren Kunden wollen wir aus diesem Anlaß etwas
 ganz Besonderes bieten. Wochenlange Vorbereitungen
 und besonders günstige Einkäufe bei
 unseren Fabrikanten setzen uns in die Lage,
QUALITÄTSWAREN zu PREISEN auf den Markt zu
 bringen, die Ihnen

Ganz Karlsruhe und Umgebung sollen teilnehmen
 an diesem Jubiläumsverkauf. Wir haben den Ehr-
 geiz, Sie in der jetzt kapitalarmen Zeit mit
 besonders guter und besonders billiger Ware zu
 versorgen.

(25jähriges Geschäftsjubiläum. Die Firma August Erb, Karlsruhe, Wollweber- und Herrenartikel in Karlsruhe, Kaiserstraße 115 feiert in diesen Tagen auf ihr 25jähriges Bestehen Jubiläum. Von dem heute immer noch die Firma leitenden Seniorchef, Herrn August Erb, im Jahre 1905 gegründet, hat die Firma im Laufe ihrer 25 Jahre einen Aufschwung genommen, der deutlich die großen kaufmännischen Fähigkeiten des Herrn August Erb beweist, daneben aber auch bezeugt, daß die in Frage kommenden Absatzmärkte der Einzelhandels die absolute Realität der Firma und die von ihr geführte erfolgreiche Waren vollwertig einzuschätzen wissen. Die ersten Anfänge der Firma August Erb finden wir vor 25 Jahren im Hause Augustenstraße 26, woselbst zunächst nur eine Großhandlung in Kurzwaren und Bekleidungsartikeln betrieben wurde. Mit dem Anschließen der Aufträge überließ die Firma dann im Jahre 1907 nach Kaiserstraße 115, welches Anwesen Herr Erb im Jahre 1909 käuflich erwerben konnte. Gleichzeitig eröffnete Herr Erb neben seinem in großem Betrieb noch ein Detailgeschäft mit Kurz-, Weiß-, Wollwaren und Herrenartikeln, wodurch das Geschäft einen immer größeren Umfang annahm. Die Kriegs- und Inflationszeit brachte auch hier eine gewisse Stagnation, doch wurden diese schweren Zeiten allmählich überwunden und es ging bald wieder flott normwärts und aufwärts. Heute präsentiert sich die Firma August Erb nach dem erst kürzlich vollendeten abermaligen inneren Umbau mit ihren durch neuen Schöneren äußerlich gekennzeichneten modernen Geschäftsräumen als eine der bedeutendsten Firmen ihrer Branche in Baden. Der Firma und ihrem Umbau ist zu ihrem 25jährigen Jubiläum herzlich Glück zu wünschen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß ihr trotz der schweren Wetterwolken, die heute über unserer Wirtschaft liegen, auch weiterhin ein ständiges Aufblühen beschieden sein möge.

(1) Königsschießen 1930. Dieses wurde am Samstag nachmittag mit dem herkömmlichen Schnellfeuerwettbewerb einge-
 leitet, aus welchem als Sieger hervorgingen: 300 Meter Ostst. Weis mit 95 Punkten, 175 Meter Karl Killius mit 87 Punkten, Emil Hefelshöfer mit 86 Punkten, Wilh. Müller mit 86 Punkten. Die Schnellfeuer-Ehrengabe erhielt Otto Heim mit 80 Punkten. 1. Schützenmeister Timme überreichte den Siegern die silbernen Siegerbecher. Bei schönstem Herbstsonnenschein erfolgte am Sonntag vormittag die feierliche Einholung des bis-
 herigen Schützenkönigs unter Vorantritt der Feuerwehrtabelle. Während des Nachmittags feierliche in den Gartenanlagen des Schützenhauses die Feuerwehrtabelle vor einem zahlreichen erwar-
 tungsvollen Publikum. Bei Eintritt der Dunkelheit wurde das Schießen eingestellt und die Resultate errechnet. Schützenkönig für das Jahr 1930 wurde Herr K. Prohfer Ostst. Weis-Durlach.

(2) Geschäftübernahme. Das bekannte Hotel-Restaurant „Prinz Luitpold“ in der Karlstraße wurde mit dem heutigen Tage von Herrn Karl Schenker, langjähriger Küchenchef der hiesigen Bahnhofswirtschaft, übernommen. (Siehe Anzeiger).

2. Öffentliche Quittung
 Zur Reichstagswahl sind weitere Beiträge eingegangen: Sam-
 melliste Nr. 462 3 Mk., Nr. 453 3.50 Mk., Nr. 454 10.50 Mk., Nr. 460
 13.65 Mk., Nr. 461 20 Mk., Nr. 502 1.90 Mk., Nr. 503 5 Mk., Nr. 520
 50.50 Mk., Nr. 530 13.30 Mk., Nr. 531 21 Mk., Gen. Krüger 10 Mk.,
 zusammen mit der Veröffentlichung vom 24. 9. 30 1576.01 Mk. Allen
 Gebern besten Dank.
 Es stehen noch einige Sammellisten aus, die auf dem schnellsten
 Wege an den Kassier, Gen. S. Voss, Kaiserstraße 46, abzuliefern
 sind.
 Der Parteivorstand.

die einen Betrag von 10 000 Mk. ergeben soll wurden dann mit 28
 gegen 23 Stimmen genehmigt.
 Es folgte dann die Beratung des Vorantrages. Ueber den Vor-
 antrag ist in der schriftlichen Begründung folgendes bemerkt. Seit
 einer Reihe von Jahren war die Umlage in ihrem jeweiligen
 Satze zu niedrig, weshalb die laufende Wirtschaft stets zu geldknapp
 war. Um die Belastung der Steuerzahler nieder zu halten, wurde
 immer zu besonderen Mitteln gegriffen, die aber nicht jedes Jahr
 möglich sind, so besonders die Benützung der Einnahmerücklagen
 als Voranschlags-einnahme. In dem vorhergehenden Voranschlag
 sind 29 376 Mk. in der Rückstandsrechnung als Einnahmen eingestell-
 t worden. Ein solcher Betrag fehlt uns dieses Jahr vollständig. Vom
 Bezirksamt wurde in den letzten Jahren darauf hingewiesen, daß
 unsere Umlage zu niedrig sei und den Bedarf bei weitem nicht decke.
 So hätte im vorigen Jahr selbst nach Ansicht des Bezirksamts die
 Umlage nicht 1.08 Mk., sondern 1.20 Mk. sein müssen. Dazu kommt
 noch, daß durch Verminderung der Steuerkapitalien im letzten
 Jahre annähernd 10 000 Mk. weniger Umlage eingegangen sind, als
 beim Satz von 1.08 Mk. hätte eingehen sollen. Das Fehlen der
 Steuerkapitalien bedingt ein Steigen des Steuerfußes, was für das
 letzte Jahr rund 12 Pfa. ausmacht. Die verminderten Steuerkapi-
 talien wirken auch für das Jahr 1930, so daß die Umlage hierwegen
 allein schon von 1.08 auf 1.20 Pfa. steigen müßte. Die Umlage hätte
 auch voriges Jahr schon, auch ohne dieses Fehlen der Steuerkapitalien,
 höher sein müssen. Hieraus ergibt sich ohne weiteres, daß die Um-
 lage dieses Jahr ganz zwangsläufig auf 1.30 Mk. festgesetzt werden
 mußte, wenn die Finanzen nicht ganz in Unordnung geraten sollten.
 Der Voranschlag selbst ist bei Berücksichtigung größter Sparsamkeit
 aufgestellt und ergibt an Ausgaben 403 074 Mk. an Einnahmen
 293 300 Mk. Der ungedeckte Aufwand beträgt 109 774 Mk. und soll ge-
 deckt werden durch 151 Pfa. vom Grundsteuerkapital, 75 Pfa. (mit
 25prozentigem Zuschlag zugunsten des Gewerbeitrages) und 913
 Pfa. ermäßigt um die Erhöhung des Betriebsvermögens. Die Um-
 lage ermäßigt sich um 1800 Mk. aus Erhöhung des Wasserzinses,
 um 10 000 Mk. aus Ertrag der Bürgersteuer und 3312 Mk. aus der
 Biersteuer. Sie setzt sich also zusammen aus Grundsteuerkapitalien
 5 713 800 Mk. à 1.30 = 7 427 900 Mk., Betriebssteuerwerte erhöht zugun-
 stens des Gewerbeitrages à 65 Pfa. = 8888 Mk., Gewerbeitrag
 ermäßigt um die Erhöhung der Betriebssteuerwerte 850 Mk. =
 11 390 Mk. An Kreissteuern werden erhoben: Grundvermögen von
 100 Mk. 10 Pfa., Betriebsvermögen 4 Pfa., Gewerbeitrag 75 Pfa.
 von 100 Mk.

In der Aussprache betonte Genosse Ruof, daß wir nun die
 Sünden der Finanzminister, die voriges Jahr den Voranschlag friert
 haben, büßen müssen. Trotzdem man beim letzten Voranschlag
 gesehen habe, daß die Umlage nicht ausreicht, hat man es versucht,
 und durch allerhand Reserve auch fertiggebracht, die Umlage noch
 um zwei Pfennige zu senken. Diese Finanzwirtschaft rächt sich jetzt
 bitter und durch allerhand Maßnahmen, die auch den Ärmsten
 treffen, soll die Sache nun ausgeglichen werden. Bei Beratung der
 einzelnen Positionen wurden verschiedene Streichungen beantragt,
 die aber meistens der Ablehnung verfielen. Bei Punkt Schulen
 behauptete Gen. Schöppin, daß keine Mittel mehr für die Kinder-
 speisung eingestellt seien und beantragte, daß wenigstens für die
 Wintermonate diese gegenstandsreiche Einrichtung wieder eingeführt
 werde, er machte auch Vorschläge, wie die Deckung der Kosten er-
 folgten könne. Der Antrag wurde abgelehnt. Bei Abschnitt Wohlfahrts-
 forspflege wurde auf die unerträglichen Zustände in der Wan-
 dererherberge aufmerksam gemacht und Vorschläge verlangt. Der Vor-
 schlagende gibt bekannt, daß am 1. Oktober ein neuer Wirt aufsteht
 und daß dieser schon Vorkehrungen getroffen habe, den Wanderern
 ein menschenwürdiges Obdach zu geben. Bei der Abstimmung wurde
 der Voranschlag mit 27 gegen 22 Stimmen genehmigt.

Tageskalender
 der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Morgen Mittwoch
Haupt-Versammlung
 im Friedrichshof. Beginn Punkt 8 Uhr. Tagesordnung:
 1. Der Ausfall der Reichstagswahlen — Rückblick und Aus-
 blick.
 Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Georg Schöppin.
 2. Wahl der Delegierten für die am 5. Oktober stattfindende
 Bezirkskonferenz.
 Genossen, Genossinnen, erscheint nicht nur zahlreich, sondern
 auch pünktlich.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Am Saaleingang Kontrolle.

Besitz Distakt
 Am Donnerstag, 2. Oktober, abends 8 Uhr, findet im „Bernhar-
 dusshof“ eine wichtige Vertrauensmännerversammlung statt, wozu sämt-
 liche Straßenkomitee- und Distriktsführer freundlichst eingeladen
 sind. Auch alle Genossinnen und Genossen, die bei der Reichstags-
 wahl sich an der Wahlzettelverteilung beteiligt haben, oder son-
 stwie aktiv tätig waren, werden um ihr Erscheinen gebeten.
 Genossinnen und Genossen! Das Interesse der Arbeiterklasse und
 der Partei erfordert höchste Aktivität jedes Einzelnen. Erscheint
 deshalb pünktlich!

Daganden.
 Dienstag und Donnerstag abends um 8 Uhr Fortsetzung der Ar-
 beitsgemeinschaft „Licht und Wärme“ von Genosse Tured. Seid
 pünktlich und erhebt Euch zahlreich. — Freitag Abend Autofahrt nach
 Baden-Baden, wo das selbst eine Gruppe gearärbet wird. Näheres
 noch in den Gruppen.

Gemeindepolitik

Vorantragsberatung in Gengenbach
 Auf der Tagesordnung der am Freitag abend stattgefundenen
 Bürgerversammlung standen neben der Voranschlagsberatung noch
 sieben andere Punkte, die im Zusammenhang mit dem Voranschlag
 stehen. Bei Eintritt in die Tagesordnung wurde von der Bürger-
 partei der Antrag gestellt, den Punkt 1: Voranschlag als letzten
 Punkt zu behandeln. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der
 sozialdemokratischen Fraktion angenommen. Vorlage 2, **Vornahme**
eines außerordentlichen Solzhebens von 1000 Pfennigen, fand ein-
 stimmige Annahme. Der Reinerlös wird auf 10 000 Mk. geschätzt und
 soll für Bestreitung der Kosten für den Ortsbauplan (1150 Mk.),
 bauliche Unterhaltung der alten Bürgerhalle (2000 Mk.), Teerung
 und Instandsetzung der Straßen (6000 Mk.) zusammen 9150 Mk. ver-
 wendet werden.
 Vorlage 3, **Erhöhung des Bürgersteuergeldes von 48 Mk. auf 60 Mk.**
 jährlich, wurde mit 31 gegen 17 Stimmen genehmigt. Die Vorlage
 4, **Erhöhung des Schulgeldes an der Gewerbeschule**, rief eine De-
 batte hervor, wobei unsere Redner betonten, daß sie nicht dafür zu
 haben seien, den Beirath und ihren Eltern diese neue Belastung
 aufzuerlegen. Auch ein Redner der Bürgerpartei sprach gegen die
 Erhöhung. Die Vorlage wurde mit 28 gegen 24 Stimmen abgelehnt.
 Die **Erhöhung der Hundesteuer von 18 auf 24 Mk.** wird gegen wenige
 Stimmen genehmigt. Auch die Erhöhung des Wasserzinses von 15
 auf 20 Pfa. pro Kubikmeter wird mit 26 gegen 23 Stimmen
 angenommen. Gegen die Erhöhung von Gebühren für Wasch-
 schenbenutzung wurden wenig Einwendungen gemacht und die
 Vorlage gegen 1 Stimme genehmigt.
 Die Vorlage Einführung einer Bürgersteuer, rief wieder eine
 lebhafte Debatte hervor. Von unseren Genossen wurde betont, daß
 dies die unsozialste Steuer sei, da von den Minderbemittelten ge-
 rade so viel verlangt werde wie von den reichen Fabrikanten. Vom
 Vorsitzenden wurde betont, daß die Ausführungsbestimmungen von
 der Bürgersteuer bis jetzt noch nicht vorläge, man könne also mit
 Genauigkeit noch nicht sagen, wo die Grenze sei und wie sich die
 Bürgersteuer eigentlich auswirke. Die Einführung der Bürgersteuer

Vereinsanzeiger

Karlsruhe
Arbeitsgemeinschaft Jos. Lehner, Mittwoch, den 1. Oktober, nach-
mittags 6 Uhr, findet im Volkshaus unsere übliche zwanglose Zu-
sammenkunft statt. (3250)

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Am Montag nachmittags ereignete sich auf der Rheinstraße zwischen Fabrik- und Hardtstraße ein Zusammenstoß zwischen einem in östlicher Richtung fahrenden Kraftwagen und einem diesem entgegenkommenden Straßenbahnwagen der Linie 1. Der Führer des Kraftwagens wollte anscheinend in der an und für sich schon engen Rheinstraße einen Radfahrer überholen, wodurch er mit der Vorderachse seines Wagens mit dem in demselben Augenblick entgegenkommenden Straßenbahnwagen förmlich zusammenstieß, das Trittbrett des Motorwagens abriß und auch den Anhängewagen beschädigte. Durch den Anprall kam der Kraftwagen quer über die Straße zu stehen, wodurch eine Verkehrsstörung von etwa einer halben Stunde eintrat. Der Kraftwagen mußte durch die Feuerwehr weggeräumt werden und wurde abgeschleppt, Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Am Montag vormittag wurde ein Radfahrer, der den Durlacher Torplatz überqueren wollte, von einem Motorradfahrer angefahren. Beide Fahrer kamen zu Fall, blieben aber unversehrt. Das Motorrad wurde leicht beschädigt.

Die Garten- und Leinwandstraße fielen am Montagabend ein durch die Gartenstraße fahrendes mit Radreifen beladenes Pferdewerk mit Anhängewagen gegen eine über einem Kanalisationsloch aufgestellte Bodwinde. Ein städtischer Arbeiter, der in demselben Augenblick aus dem Loch steigen wollte, wurde hierbei zwischen die Schachtwand und die Bodwinde geklemmt. Der Verunfallte dessen Verletzungen an Ort und Stelle nicht festgestellt werden konnten, wurde mittels Kraftwagens in seine Wohnung gebracht.

Diebstähle

Am Montag wurde ein Fahrrad und eine Bohlfarne gestohlen.

Wasserstand des Rheins

Basel 95, Waldshut 289, Schutterinsel 153, Reßl 274, Maxau 451, Mannheim 342, Caub 226 Zentimeter.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausichten für Mittwoch: Keine wesentliche Veränderung.

Veranstaltungen

Dienstag, 30. September 1930:
 Badisches Landeswetterwarte: Die Nebelungen, 19½ Uhr.
 Gasthaus: Das Weltatmosphärenprogramm, 8 Uhr.
 Badische Lichtspiele: Letztes, die Zacher des Nordens, 20 Uhr.
 Redens-Richtspiele: Die letzte Kompanie.
 Maria-Ballet: Die Leinwandstraße.
 Schauburg: Liebeswalzer.
 Städt. Lichtspiele: Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren.
 Union-Theater: Nebelungen, Siegfried.
 Badischer Kunstverein e. B.: Ausstellung junger badischer Künstler. Eröffnet 11 bis 1 Uhr.
 Kolpinghaus: Große Wohltätigkeitsveranstaltung, 11 Uhr.
 Städt. Ausstellungshalle: Ausstellung die Hauswirtschaft mit Vortrag: Einleuchtende Behandlung und -Fabrikation (Schiffelber).
 Rasse Bauer: Operetten- und Schlagerabend.

Ausstellung „Die Hauswirtschaft“
 veranstaltet vom **Karlsruher Hausfrauenbund** vom 27. September bis 6. Oktober 1930.
 Geöffnet von morgens 10 bis abends 9 Uhr.
 Der für Samstag, den 4. Oktober, vorzesehene Vortrag des Herrn Benegger aus Frankfurt über **Der elektrische Herd und die Hausfrau** findet nunmehr am **Mittwoch**, den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Vortragssaal der städt. Ausstellungshalle statt. Eintritt frei!

Möbel
 Wer kaufen will, wendet sich vertrauensvoll an mich. Ich komme Ihnen betr. Zahlungsweise usw. in jeder Beziehung entgegen.
 Geht Anfragen, die direkt beauftragt werden, unter Nr. 6245 an das Volksfreundbüro erbeten.

Preis-Abschlag!
 Bett-Chaiselongues mit Federkante von 72,- bis 125,- Mk.
 Chaiselongues mit verstellbarem Kopfteil von 32,- bis 66,- Mk.
 Diwans moderne Formen, beste Ausführung von nur 66,- bis 126,- Mk.
 Decken in großer Auswahl
 Polster-Telephon 4419
 Möbelhaus R. Köhler Schützenstr. 29

Ihre Federbetten
 werden wieder leicht und luftig in der **Bettfedern-Reinigung** mit Kraftbetrieb, Bestes Verfahren, Freier Transport, Billige Preise, nur Karlsruh. 20, Telefon 2155. P. Ferschmann.

Möblierte Zimmer
 auf ca. 4-5 Wochen zu mieten gesucht. Geht Angebote unter S. 1088 an das Volksfreundbüro erbeten.

Durlacher Anzeigen

Die Schöffen- u. Geschworenenliste
 (Liste) liegt vom 30. September bis einschl. 7. Oktober ds. Jrs. auf dem Standesamt - Rathaus III. Stock, Zimmer Nr. 8 - während der üblichen Geschäftsstunden zur Einsicht auf. Einsprüche gegen ihre Richtigkeit können innerhalb dieser Frist schriftlich oder mündlich dafelbst erhoben werden.
 Durlach, den 27. September 1930, 1930
 Der Oberbürgermeister.

Gemeinde-, Kreis- u. Gebäude-sondersteuer.

Die Zahlungspflichtigen werden hiermit aufgefordert, die fälligen Septemberraten bis zum 5. Okt. d. Jrs. zu entrichten. Wer die dahin seine Steuerzahlung nicht entrichtet, hat die gesetzlichen Verzugszinsen zu bezahlen und außerdem die Kosten der Zwangsvollstreckung zu tragen.
 Durlach, den 30. September 1930, 1930
 Stadtkasse.

Ettlinger Anzeigen

Geschäftsführerstelle
 beim Bezirksfürsorgeverband und Bezirksjugendamt Ettlingen ist alsbald zu besetzen. Die in Frage kommende Persönlichkeit muß außerorganisatorische Fähigkeiten anweisen. Anstellung erfolgt nach den Grundzügen des Tarifabkommens für die Angestellten der badischen Staatsverwaltung. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Gehaltsansprüchen sind bis 15. Oktober zu richten an den Vorsitzenden des Bezirksfürsorgeverbandes Ettlingen in Ettlingen (Bezirksamt).
 1536

SCHAUBURG
 Marienstraße 16 Telefon 6294
 Nur noch ganz wenige Tage:
 Der entzückendste Ton-Film deutscher Produktion: 3640
Liebeswalzer
 Ein beglückender Film, den man nicht nur einmal gesehen haben muß, sondern immer und immer wieder sehen kann.
Tönendes Beiprogramm.

Geißelartige Speise-Kartoffeln
 für den Winterbedarf aus den besten badischen Kartoffelbarbeten. In bekannt guter Qualität, liefert prompt und billig frei Keller an Private und Großverbraucher
Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft e.G.m.b.H., Karlsruhe
 Büro: Lanterbergstr. 3 / Lager: Schlachthausstr. 3 / Tel. 4620-4626

Textil-Markt

Sind Sie umgezogen?

Bei uns finden Sie jetzt alles für die Neueinrichtung und Ergänzung in Ihrer Wohnung zu Preisen die der heutigen Zeit in jeder Weise Rechnung tragen.

Läufer-Reste

Muster der Anker-Teppich-Fabrik weit unter Preis!

Donnerstag den 2. Oktober geschlossen.
 bleiben uns. Geschäftsräume

HERMANN KARLSRUHE

COLOSSEUM
 Heute abend 8 Uhr
Letzte Vorstellung
 des Weltattraktions-Programms
 Ab Mittwoch, 1. Oktober Gastspiel des **Brasilianischen Kaleidoscope**
 Eine Bühnenschau in 62 Bildern von sinnbetörendem Rhythmus

STADTGARTEN
 Mittwoch, den 1. Oktober, von 16-18½ Uhr:
Streichkonzert des Gemeinschaftsorchesters

Speisezimmer
 Billig, kredenz, Ausguss, 4 Zehrerstühle, hochmodern, noch nicht benutzt, umständelhalter für 550 RM. (780 RM.) zu verkaufen. Offerten unter Nr. 6234 an das Volksfreundbüro.

Kaffee Bauer
 Heute Dienstag, 20.30 Uhr
Operetten- und Schlager-Abend
 der Kapelle Kramer, mit neuem Programm
Morgen Mittwoch Großes Sonderkonzert
 Paraphrase über Ouvertüre zu Tannhäuser, für Klavier, Wagner-Lied
 Solist: Josef Schwarz 6238

Geschäfts-Übergabe
 Untern heutigen übergebe ich Herrn Küchenchef **Karl Scheuerpflug** mein **Hotel-Restaurant Prinz Luitpold**, Karlstraße 69. Danke meiner verehrlichen Kundschaft für das mir seither entgegengebrachte Vertrauen und bitte dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.
 Karlsruhe, 30. September 1930
Rudolf Bundschuh und Frau

Geschäfts-Übernahme
 Nach langjähriger Tätigkeit als Küchenchef der **Bahnhofwirtsch. Karlsruhe** übernehme ich am **1. Oktober 30** das **Hotel-Restaurant „Prinz Luitpold“**
 Karlstr. 69 Karlsruhe Telefon 2763
 Es wird mein Bestreben sein, das Geschäft in der gleichen Weise weiterzuführen.
 Mit der Versicherung nur erstklassige Küche, beste Weine und gutgepflegte Biere (Schrempf-Printz und Dortmunder) zu bieten, helfe ich meine künftigen Gäste herzlich willkommen!
Im Fremdenzimmer, Illeßend, Wasser, Zentralheizung
Karl Scheuerpflug und Frau
 6251

Billiger
 Land... 1.25
 Sennerel... 1.58
 Allg. Tafel... 1.68
 Deutsche pasteur... 1.78
 Südröhm... 1.78
 Allerfeinst... 1.88
 Dänische... 1.88
Eier-Handelsges. Genger & Co.
 Kaiserstraße 14b Filiale
 Kaiserstr. 172
 Telefon 6348
 Lieferung frei Haus

Speisezimmer
 Billig, kredenz, Ausguss, 4 Zehrerstühle, hochmodern, noch nicht benutzt, umständelhalter für 550 RM. (780 RM.) zu verkaufen. Offerten unter Nr. 6234 an das Volksfreundbüro.

Schreibstische
 eine Diplomat, so-lange Vorrat, p. Stk. 105 RM.
 Huber, Waldstr. 26
 Volksfreundbüro 6251

Kinderbett
 mit Matratze billig zu verkaufen Humboldtstr. 20, 1. Et.

Schlafzimmer Speisezimmer
 in reicher Ausstatt. zu jedem annehmbar. Preis zu verkaufen
 Geln & Müller
 Waldstr. 6

4/20 Ebel-Eltern
 wagen, mit Plan Huber, wenig gef. zu verkaufen bill. 2. 60 an, Geinsh, Schützenstr. 13.